

KÖRPERLICHE SELBSTBESTIMMUNG

– feministische Positionen zur Abtreibung –

Eine Diskursanalyse von Hannah Kaufmann

Duisburg, 2023

online veröffentlicht:

<https://diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2024/06/Hannah-Kaufmann-2023-Koerperliche-Selbstbestimmung-Abtreibung-Emma-und-Missy-vollstaendige-KDA.pdf>

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Die Kritische Diskursanalyse	7
2.1 Diskurse.....	7
2.2 Kollektivsymbole	8
2.3 Normalismus	8
2.4 Studiendesign	9
3. Strukturanalysen.....	10
3.1 Strukturanalyse EMMA Magazin.....	10
3.1.1 Diskurse.....	10
3.1.2 Themen	11
3.1.3 Aussagen.....	12
3.1.4 Fazit	20
3.2 Strukturanalyse MISSY Magazine	22
3.2.1 Diskurse.....	22
3.2.2 Themen	22
3.2.3 Aussagen.....	23
3.2.4 Fazit	31
4. Feinanalysen	32
4.1 EMMA: Abtreibung ist ein Menschenrecht	32
4.1.1 Institutioneller Rahmen und Textoberfläche	32
4.2.2 Sprachliche und rhetorische Mittel.....	34
4.1.3 Wirkungsweise	37
4.1.4 Fazit	39
4.2 MISSY: Das Märchen vom Trauma	40
4.2.1 Institutioneller Rahmen und Textoberfläche	40
4.2.2 Sprachliche und rhetorische Mittel.....	42
4.2.3 Wirkungsweise	48
4.2.4 Fazit	50
5. Synopse und abschließendes Fazit	51
6. Literaturverzeichnis und Dossiers	54
6.1 Literatur.....	54
6.2 Dossier EMMA	54
6.3 Dossier MISSY.....	56
7. Anhang.....	58
7.1 Themen.....	58
7.1.1 Themen Emma	58
7.1.2 Themen MISSY	59

7.2 Artikel zur Feinanalyse..... 61

1. Einleitung

Das Recht auf Abtreibung wird in verschiedenen Ländern von einer Vielzahl verschiedener Gesetze und Regelungen eingeschränkt. Als Teil der körperlichen Selbstbestimmung ist es schon lange ein zentrales Thema der feministischen Bewegung. Neben Erfolgen sind auch immer wieder Rückschläge zu verzeichnen, wie jüngst die Streichung der Grundsatzentscheidung Roe vs. Wade in den USA¹. In Deutschland ist der Schwangerschaftsabbruch mit dem § 218 im Strafgesetzbuch verankert. Es gilt eine Mischung aus Fristen- und Indikationenlösung. Der §219a untersagte es Ärzt*innen zusätzlich öffentlich auf das Vornehmen eines Schwangerschaftsabbruches oder die dazu zu verwendenden Methoden aufmerksam zu machen.

In den letzten Jahren haben zwei bedeutsame Ereignisse den diskursiven Kontext rund um die Abtreibung in Deutschland geprägt und die Debatte wieder aktualisiert. Zum einen führte die Verurteilung der Ärztin Kristina Hänel wegen Verstoßes gegen § 219a StGB zu einer starken Solidaritätsbewegung und zur Einreichung einer Verfassungsbeschwerde. Zum anderen gab es mit dem Regierungswechsel im Zuge der Bundestagswahl 2021 zum ersten Mal seit langem die Möglichkeit einer grundlegenden Überarbeitung der Gesetzgebung. Letztlich wurde am 24. Juni 2022 lediglich der § 219a gestrichen und eine Kommission eingesetzt, um zu prüfen, ob Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches möglich sind.

Die Verurteilung von Kristina Hänel und die politischen Entwicklungen im Kontext der Abtreibungsdebatte bieten eine geeignete Ausgangsbasis für eine umfassende Untersuchung des Diskurses zu diesem Thema. Da in dieser Debatte die unterschiedlichen Argumente der Abtreibungsdebatte wieder artikuliert wurden, lässt sich das Sagbarkeitsfeld gut analysieren. In vorliegender Arbeit soll sich allerdings nur auf einen Teil des Diskurses konzentriert werden - dem wie in feministischen Medien argumentiert wird. Auf diese Weise können Einblicke in die verschiedenen Standpunkte und Begründungen innerhalb eines „feministischen Sagbarkeitsfeld“ gewonnen werden wie auch die dortigen Verschränkungen mit anderen Diskursen und Themen.

Die zugrunde liegenden Forschungsfragen lauten also folgendermaßen:

Wie sprechen feministisch positionierte Medien über Abtreibung?

¹ 1973 entschied der Oberste Gerichtshof im Fall Roe vs. Wade Abtreibungen mit einer Fristenlösung weitestgehend zu legalisieren (mehr dazu z. B. unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/517442/50-jahre-roe-vs-wade-urteil-zum-us-abtreibungsrecht/#node-content-title-9bpd.de>)

Welche möglicherweise unterschiedlichen Standpunkte nehmen sie ein bzw. welche unterschiedlichen Begründungen und Verschränkungen mit anderen Diskursen und Themen können aufgedeckt werden?

Dabei kann im Sinne der KDA auch ermittelt werden, was nicht gesagt wird und gefragt werden, welche Effekte die Diskursverschränkungen und Themen etc. haben.

Um die Bandbreite des feministischen Diskurses angemessen abzudecken, wurden zwei Magazine ausgewählt, die sich in ihrer Positionierung und ihrem Einfluss deutlich voneinander unterscheiden. Die EMMA, als traditionsreiches und bekanntes Magazin im deutschsprachigen Raum repräsentiert den 2. Welle Feminismus, während das MISSY Magazin als aktuell prägendstes feministisches Medium eher den Feminismus der 3. und 4. Welle widerspiegelt².

Die EMMA wurde 1977 von Alice Schwarzer gegründet, die auch heute noch Herausgeberin ist. Die Druckauflage von 2021 liegt bei 27.516 Heften. Die Social Media Repräsentanz ist mit 25.934 Facebookfollower*innen und 9.706 Instagramfollower*innen nicht allzu stark. Auf der Facebookseite heißt es über das Magazin:

„Seit ihrem ersten Erscheinen am 26. Januar 1977 ist EMMA mehr als nur eine Zeitschrift: Sie ist die beste Freundin ihrer Leserinnen und Synonym für die Sache der Frauen. EMMA hat nicht nur immer wieder Tabus gebrochen, sie hat auch Politik gemacht. Indem sie nicht nur informiert und argumentiert, sondern, wenn nötig, auch handelt. Grundposition: gleiche Chancen, Rechte & Pflichten für Frauen & Männer. EMMA, #bleibtmutig.“

Die untersuchten Artikel wurden zu großen Teilen von Alice Schwarzer und Chantal Louis verfasst, einzelne Artikel stammen von Christiane Heil, Regula Stämpfli, Kerstin Wolff, Annika Ross, Alexandra Reil, Sabrina März und Henriette Mayer.

Dagegen scheint das MISSY Magazin mit seiner bunten Gestaltung und einem Fokus auf Popkulturellem einen moderneren Standpunkt zu vertreten. Mit einer Auflage von 30.000 Heften (2021), 45.144 Facebook- und 80.400 Instagramfollower*innen hat sie (vor allem online) eine große Reichweite. Das 2008 gegründete Magazin schreibt auf seiner Webseite über sich selbst:

„Wir schreiben über trans Familien, Sexarbeit, Rechtsruck, Coding, Fat Acceptance, Vereinbarkeit, Anal Plugs, Care-Arbeit, Rap, Katzen, Menstruation in Horrorfilmen, Asyl und Alltag, Achselhaare und neue Serienhighlights. Wir interviewen und porträtieren

² Als zweite Welle des Feminismus wird in Deutschland die Frauenbewegung ab den 1960er Jahren bezeichnet, die sich vor allem für sexuelle Selbstbestimmung und Emanzipation einsetzte. Feministische Strömungen differenzierten sich seit den 80er Jahren aus und spätestens ab den 2000ern setzt eine dritte Welle ein, die unter anderem postkoloniale Kritik und Kritik an festgelegten Geschlechtsidentitäten aufnimmt (genauer nachzulesen z. B. unter <https://www.boell.de/de/2018/07/03/von-welle-zu-well>)

Künstler*innen und Aktivist*innen. Futtern und Fashion sind für uns ebenso Themen wie queere Pornografie oder Organisationen, die sich weltweit für sichere Abtreibungen einsetzen.“ Weiter heißt es: „Feminismus ist für uns kein Trend, sondern unsere Haltung. Intersektional und inklusiv. Missy schreibt gegen Sexismus, Rassismus, Klassismus, Homofeindlichkeit Transfeindlichkeit, Ableismus und Antisemitismus. Das Missy Magazine fokussiert heute konsequent die Perspektiven von FLINT und BIPoC.“

Die Artikel des Dossiers der MISSY stammen von verschiedenen Autor*innen. Dazu gehören Tasnim Röder, Jacinta Nandi, Tina Reis, Anna Mayrhauser, Mithu Sanyal, Carolin Wiedemann, Kirsten Achtlek, Jessica Ramczik, Franzis Kabisch, Vina Yun, Naira Estevez, Carolin Wiedemann, Josephine Apraku und Franziska Heinisch.

Um das Dossier einzugrenzen, wird die Verurteilung Hänel am 24.11.2017 als Startzeitpunkt für die Auswahl der Artikel festgelegt. Somit ergibt sich bis Mai 2023 ein Dossier von 18 Artikeln aus dem MISSY Magazin und 46 Artikeln aus der EMMA.

Zunächst wird für beide Magazine eine Strukturanalyse im Sinne der KDA durchgeführt, gefolgt von jeweils einer Feinanalyse. In einem abschließenden Fazit werden die Ergebnisse zusammengetragen.

Durch eine sorgfältige Analyse der Artikel und Beiträge in diesen Magazinen können Erkenntnisse über die verschiedenen Perspektiven, Standpunkte, Begründungen und Verschränkungen mit anderen Diskursen gewonnen werden. Dies ermöglicht es, das Verständnis des feministischen Diskurses über Abtreibung zu vertiefen und zur Diskussion über dieses wichtige Thema beizutragen.

2. Die Kritische Diskursanalyse

2.1 Diskurse

Die Kritische Diskursanalyse ist ein Analysewerkzeug der qualitativen Sprach- und Sozialforschung, das maßgeblich auf den Werken von Michel Foucault beruht. Da dieser wenige konkrete Angaben zu einer Methode machte, entwickelten Jäger und Jäger in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt des DISS und mit starkem Bezug zu dem Diskursverständnis von Jürgen Link die Kritische Diskursanalyse. Sie zeigt sich als ein recht offenes Instrumentarium zur Untersuchung von Diskursen, das aber doch ein Gerüst zur Verfügung stellt, an dem sich Wissenschaftler*innen orientieren können. Im Folgenden sollen kurz einige theoretische Grundlagen erläutert werden. Es wird das Diskursverständnis, sowie weitere diskurstragende Kategorien erläutert, um im Folgenden einen Abriss der Vorgehensweise vorzustellen.

Michel Foucault versteht Diskurse nicht nur als Gesamtheit von Zeichen, sondern will sie als Praktiken behandeln, „die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1990, 74). Demnach kann es in der Wirklichkeit keine Wahrheit geben, sondern die Wirklichkeit kann immer nur auf Grundlage des eigenen Wissens gedeutet werden (Jäger 2015, 11). Genau hier setzt die KDA an, denn ihr geht es eben gerade darum herauszufinden, welches Wissen, welche Wahrheiten in einer Gesellschaft vorhanden sind bzw. was behauptet wahr zu sein (ebd. 12). Anders gesprochen will sie die Produktion von Wirklichkeit analysieren (Jäger & Jäger 2007, 4). Da Diskurse Wirklichkeit produzieren, muss auch davon ausgegangen werden, dass sie Macht entfalten, indem sie bestimmtes Verhalten oder weitere Diskurse auslösen (Jäger & Jäger 2007, 20). Ein umfassendes Verständnis von Diskursen bietet folgende Ausführung:

„er [der Diskurs; H.K.] formiert Bewusstsein. Er tut dies [...] als rhizomartig verzweigter mäandernder „Fluss von ‚Wissen‘ bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“, der durchaus auch einmal rückwärts fließen, Seen hinterlassen oder durchqueren kann, zeitweilig oder auch restlos versiegen kann, und er schafft die Vorgaben für die Subjektbildung und die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften, die sich entsprechend als außerordentlich vielgestaltig erweisen.“ (Jäger & Jäger 2007, 23).

Der Linguist Jürgen Link bietet die kürzeste Definition von Diskursen, auf die sich Jäger & Jäger ebenfalls beziehen: „Diskurs heißt „eine institutionell verfestigte redeweise, insofern eine solche redeweise schon handeln bestimmt und verfestigt und also auch schon macht ausübt und verfestigt.“ (Link 1983, 60, zit. nach Jäger & Jäger 2007, 19).

Diese Diskurse und ihre Machtwirkungen werden von weiteren Elementen stabilisiert, die im Folgenden noch näher erläutert werden.

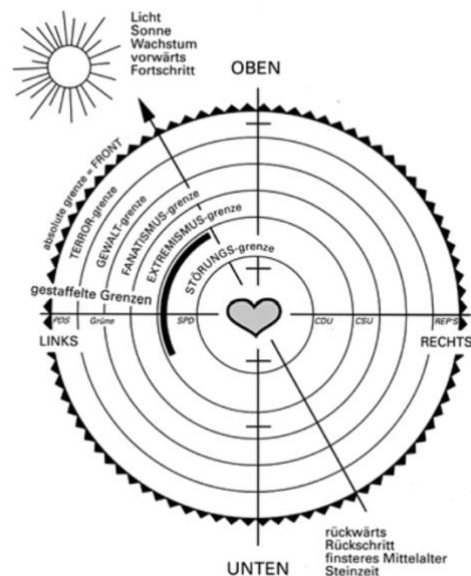
2.2 Kollektivsymbole

Kollektivsymbole sind im weitesten Sinne sprachliche Bilder, die ein wichtiges Bindemittel für Diskurse darstellen. Jäger & Jäger definieren sie folgendermaßen:

„Mit dem Vorrat an Kollektivsymbolen, die alle Mitglieder einer Gesellschaft kennen, steht ein Repertoire an Bildern zur Verfügung, mit dem wir uns ein Gesamtbild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit bzw. der politischen Landschaft der Gesellschaft machen, mit dem wir diese deuten und – insbesondere durch die Medien – gedeutet bekommen.“ (2007, 36)

Es handelt sich also um kulturelle Stereotype, die kollektiv tradiert und genutzt werden. Sie produzieren innerhalb einer bestimmten Ordnung ein bestimmtes, unter Umständen emotional gefärbtes, Wissen, dass für die meisten Mitglieder der entsprechenden Gesellschaft verständlich ist (ebd., 39ff.).

In der KDA wird die Kollektivsymbolik darüber hinaus als ein „interdiskursiv wirkendes Regelwerk“ (ebd. 40) verstanden, welches sich in einer Topik darstellen lässt. Diese weist eine grundlegende Struktur von Oben-Mitte-Unten, Rechts-Mitte-Links, sowie Innen und Außen auf. Die Grenzen zeigen an, ab wann etwas von einer „Normalität“ abweicht und also Handlungsbedarf angesagt ist. Kollektivsymbole gehen also über das Symbolisierte hinaus und legen Handlungsstrategien nahe.



(Quelle: Disselknötter & Pfarr 1994)

2.3 Normalismus

Eine weitere stabilisierende Säule der Diskurse ist der Normalismus. Zunächst muss festgehalten werden, dass Normen und Normativität von Normalismus zu unterscheiden sind. Erstere finden sich in allen Gesellschaften prädiskursiv und handlungsleitend. Normalität dagegen entwickelte sich nach Link erst in modernen „westlichen“ Gesellschaften. Sie beruht auf statistischen Dispositiven und wird mit Bezug zu Durchschnittsnennungen postuliert. Im Gegensatz zu Normen ist sie damit post-existent (Jäger & Jäger 2007, 62).

Für die Herstellung von Normalität spielen vor allem (Massen-) Medien eine wichtige Rolle, da sie es sind, die Daten und Fakten, Durchschnittswerte und die Ergebnisse von Massenumfragen veröffentlichen und zugänglich machen (Jäger & Jäger 2007, 65f.).

„Normalitäts-Dispositive sind in allen Einzelsektoren und im integrierenden (interdiskursiven) Bereich kompensierende, ‚versichernde‘ Dispositive gegen die tendenziell ‚exponentiellen‘ und damit tendenziell ‚chaotischen‘ growth-Kurven der Moderne.“ (Link 1995, 26)

Man möchte sich also absichern gegen eine „Denormalisierung“, die sich aus der prinzipiellen Verschiebbarkeit der Normalitätsgrenzen ergibt. Dazu arbeitet Link zwei Strategien heraus: Eine protonormalistische Strategie legt möglichst enge und starre Toleranzgrenzen fest, während eine flexibel-normalistische Strategie möglichst breite Grenzen zulässt (Jäger & Jäger 2007, 64).

2.4 Studiendesign

Auf der Grundlage dieser Kategorien wird die folgende Kritische Diskursanalyse durchgeführt. In einem ersten Schritt wird von beiden Dossiers jeweils eine Strukturanalyse erstellt. Diese schließt das Aufdecken von Diskursverschränkungen, das Aussagenfeld und das Untersuchen der behandelten Themen ein. Diskurse sind dem vorgestellten Sinn nach thematisch relativ einheitliche und über die Zeit stabile Flüsse durch die Zeit. Sie weisen also eine gewisse Genealogie auf, die den einzelnen Themen noch fehlt. Aussagen sind darin der „inhaltlich gemeinsame Nenner“ (Jäger 2015, S. 95) mehrerer Äußerungen (einzelner Textteile), die ein gewisses Wissen produzieren bzw. präsentieren. Mit der Strukturanalyse werden also die zentralen Aussagen ermittelt. Gleichzeitig kann deutlich werden, in welchen Artikeln sich diese Aussagen finden, die sozusagen „typisch“ für das Aussagenfeld sind.

Diese Artikel werden in einem zweiten Schritt jeweils einer Feinanalyse zugeführt. Hier wird neben Argumentationsstrategie und sprachlich-rhetorischer Mittel ein besonderer Augenmerk auf verwendete Kollektivsymbole und Normalität gelegt. Zuletzt können die Ergebnisse dieser verschiedenen Analyseschritte und über die Dossiers hinweg in einer Synopse zusammengebracht und zusammengefasst werden. Für die konkreten Schritte wurde sich an der vorgeschlagenen Methode in dem Lehrbuch von Jäger & Jäger orientiert.

3. Strukturanalysen

3.1 Strukturanalyse EMMA Magazin

3.1.1 Diskurse

In fast allen Artikeln erweist sich der Abtreibungsdiskurs als der dominante. In einigen Artikeln geht es allerdings weniger um die Abtreibung konkret als um die Selbstbestimmung bzw. Unterdrückung von Frauen auf einer allgemeineren Ebene, sodass vom Emanzipationsdiskurs als dem dominanten gesprochen werden muss.

Die stärkste Diskursverschränkung findet sich zwischen dem Abtreibungsdiskurs und dem juristischen Diskurs, da es in den Texten der EMMA vorrangig um die rechtliche Regelung in Deutschland im Allgemeinen geht und gerade zu Beginn des Untersuchungszeitraums um den Fall Kristina Hänel. Weiter verschränkt ist der Abtreibungsdiskurs mit dem medizinischen Diskurs, wenn es darum geht, welche Methoden der Abtreibung es gibt, wie im Medizinstudium mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch umgegangen wird und wie ein solcher abläuft. Als weiterer wichtiger Diskursstrang mit dem sich der Abtreibungsdiskurs verschränkt, ist der Parteiendiskurs. Immer wieder geht es um die Rolle der Politik im Kampf gegen § 218/ § 219a – welche Parteien welche Positionen vertreten und was man sich von ihnen erhofft. Vor allem in Verbindung mit der Aussage *Gleichberechtigung muss erkämpft werden*, werden Parteien vermehrt angesprochen und ihre Politik kritisiert. Darüber hinaus wird immer, wenn es um die Regelung in anderen Ländern geht (z. B. Irland, Frankreich, Polen) der Diskurs um internationale Politik angesprochen. Beide können als Teile des Politikdiskurses verstanden werden.

Auch Diskursfragmente des Christentum- und des Islamdiskurses sind auffindbar. Besonders häufig wird das fundamentale Christentum und seine Rolle unter den Lebensschützer*innen besprochen. Außerdem verweist die Aussage *Unterdrückung kommt aus der Liaison von Kirche & Staat* auf die Rolle des Christentums in der Gesetzgebung. Der Abtreibungsdiskurs wird hier verschränkt mit dem Christentumdiskurs, sowie gleichzeitig mit dem Parteiendiskurs. Wohingegen die Verschränkung des Islamdiskurses mit dem Abtreibungsdiskurs als sehr locker beschrieben werden muss. Fast schon kontextlos wird das Thema „Kopftuch“ oder „Islamismus“ eingeworfen und mit der Abtreibungspolitik verknüpft. Teilweise wird auch eine Parallelisierung von Islam und christlichem Fundamentalismus vorgenommen: "Was für die islamischen Fundamentalisten das Verhüllungsgebot, ist für die christlichen das Abtreibungsverbot" (Schwarzer, 28.10.22). Allerdings findet sich auch eine Dreifachverschränkung zwischen Abtreibungs-, Islam- und Parteiendiskurs: 2021 wird der Koalitionsvertrag der Ampelregierung untersucht – man freut sich über die möglichen

Neuerungen bezüglich § 219a, zeigt sich im gleichen Atemzug aber besorgt darüber, dass Maßnahmen gegen den Islamismus überhaupt nicht vorkommen.

Andere Diskurse, die weniger häufig aufgegriffen werden, sind der Antisemitismuskurs, wenn es um den Abtreibungsgegner Günter Annen und seine volksverhetzende Seite „babycaust.de“ geht, der EU-Diskurs und der Geschlechterdiskurs mit dem Thema Transgeschlechtlichkeit.

3.1.2 Themen

Die verschiedenen angesprochenen Themen lassen sich sortieren und den folgenden Gruppen zuordnen: Abtreibungsgegner*innen, Aktionen für Abtreibung, Rechtliche Lage, Medizinische Lage, Standpunkte der Politik, Internationale Lage und weitere Themen, die keiner der Kategorien angehören (Liste s. Anhang). Inwiefern die Themen das Sagbarkeitsfeld abstecken, macht die Analyse der Aussagen deutlich³. Aus der Gruppe der Abtreibungsgegner*innen kommt neben dem Thema der Lebensschützer*innen (insb. Günter Annen) das Thema katholische Kirche bzw. Papst und Vatikan besonders häufig vor. Dies wird sich vor allem in der Aussage *Unterdrückung kommt aus der Liaison von Kirche & Staat* zeigen.

Zu den nicht gruppierten Themen gehören Männergewalt, Tabuisierung (des SAB⁴), Prostitution und die Schmerzen nach einem SAB. Während Tabuisierung sowie Schmerzen vor allem in der Aussage *Schadwirkungen restriktiver Gesetzgebungen* behandelt werden, kommt das Thema Prostitution nur sehr selten vor und ist nicht an eine besondere Aussage gebunden. Es wird lediglich genutzt, um darauf aufmerksam zu machen, dass dies ebenfalls ein Bereich ist, in dem eine neue Gesetzgebung notwendig wäre, um Frauen zu stützen. Zusammen mit dem Thema Männergewalt wird hier die umfassende Unterdrückung der Frau skizziert.

Außerdem wird im Geschlechterdiskurs das Thema Trans-Sein angesprochen: Die geplante Novellierung des Transsexuellen Gesetzes im Koalitionsvertrag 2021 wird als gefährlich angesehen.

³ Besonderheiten werden am Schluss dieser Analyse herausgehoben.

⁴ SAB: kurz für Schwangerschaftsabbruch

3.1.3 Aussagen

Gleichberechtigung muss erkämpft werden

„Seit einem halben Jahrhundert spielt die SPD und nun auch die Grünen Katz und Maus mit uns Frauen.“ (Schwarzer, 27.4.22)

Die Aussage *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* rekurriert zum einen darauf, dass diese in Deutschland noch nicht erreicht ist und zum anderen darauf, dass die Politik diese nicht gewähren wird – also nicht als angemessene Lösungsakteurin angesehen wird. An vielen Stellen wird die Politik von der EMMA scharf dafür kritisiert, dass die Abtreibung noch nicht als „Menschenrecht“ anerkannt ist. Gleichzeitig vermittelt dies aber den Eindruck, dass die Politik noch als geeignete Lösungsakteurin angesehen wird – allerdings wird dieser negative Bezug auf die Aussage *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* gleich wieder ins positive verkehrt, wenn die Enttäuschung darüber laut wird, dass die Politik ihrer Aufgabe dahingehend nicht nachkommt. Im Zuge der Petition Hänel werden zwar mögliche Parteilianzen, die eine Änderung erwirken könnten, vorgestellt:

„Die Mehrheit für eine Abschaffung des § 219a steht. Jetzt müssen die Parteien nur noch über ihren Schatten springen und das Informationsrecht der Frauen über ihr politisches Lagerdenken stellen. Dann könnte der § 219a schon im ersten Quartal 2018 Vergangenheit sein.“ (Louis, 12.12.2017)

Doch die Enttäuschung über die tatsächlich gemachte Politik überwiegt, wie sich in den Artikeln vor allem nach der Bundestagswahl 2021 zeigt:

„Es ist allerdings ein Skandal, dass selbst eine rot-grüne Regierung den § 218 auch 50 Jahre nach Beginn des Kampfes gegen das Abtreibungsverbot nicht streichen will.“ (Schwarzer, 15.12.21)

Die Regelung zum Schwangerschaftsabbruch, die in Deutschland seit den 70er Jahren gilt, wird immer wieder als „fauler Kompromiss“ (z. B. Louis, 30.5.18) oder „faulster aller Kompromisse“ (Louis, 24.08.22) bezeichnet.

Auf den konkreten Kampf um Gleichberechtigung wird in erster Linie verwiesen, wenn von verschiedenen Protestaktionen (z. B. die Gegenveranstaltung zum „Marsch für das Leben“, dem bundesweiten Aktionstag Weg mit § 219a) oder die Petition Kristina Hänel berichtet wird. Außerdem zeigen die Autor*innen auf, dass der Kampf schon lange anhält bzw. einiges bereits in der Vergangenheit erkämpft wurde. So bedankt sich eine Autorin in einem Erfahrungsbericht über die eigene Abtreibung:

„[...] und bin gleichzeitig unglaublich erleichtert darüber, dass ich mich gegen diese Schwangerschaft entscheiden darf und mir dafür keine Strafe droht. „Danke, danke, danke, liebe Frauen...“ (März, 29.08.18)

Gleichzeitig wird deutlich, dass sich immer noch nicht genug geändert habe und der Kampf andauern muss:

„Nach einem halben Jahrhundert Kampf und Diskussion über und gegen das Abtreibungsverbot in Deutschland? Nach Dutzenden von Studien, Hunderten von Artikel, Tausenden Argumenten? Nachdem alle westeuropäischen Nachbarn das Recht auf Abtreibung, die Fristenlösung, längst eingeführt haben, inklusive stockkatholischer Länder wie Italien und Irland? Danach will Deutschland sich den Luxus erlauben, zu dem Problem eine Kommission einzusetzen? Nehmen die Parteien dieses elementarste aller Frauenrechte, die selbstbestimmte Mutterschaft, denn überhaupt nicht ernst?“ (Louis, 24.08.22)

Auch die Beschreibung des Falls um Kristina Hänel entspricht der Aussage, dass Gleichberechtigung erkämpft werden muss. Die Ärztin kämpft für das Recht auf Abtreibung auf juristischem Weg und möchte sich durch alle Instanzen klagen (z. B. Louis, 24.11.17).

Schwangerschaftsabbrüche als Teil eines gewöhnlichen Erfahrungshorizontes von Frauen

„Abtreibung ist nicht, wie das Gesetz glauben machen kann, Angelegenheit einer kriminellen Minderheit, sondern ein beinahe universelles Vorkommnis in allen Bevölkerungsschichten.“ (Schwarzer, 3.9.22⁵)

Die Aussage *Schwangerschaftsabbrüche als Teil eines gewöhnlichen Erfahrungshorizontes von Frauen* tritt vor allem in Erfahrungsberichten und in der Diskussion um die 2019 von Gesundheitsminister Spahn geplante Studie zu den psychischen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen auf. Diesem Vorhaben stehen die Autor*innen kritisch gegenüber:

„Natürlich treibt keine Frau leichtfertig ab, aber dass die Abtreibung angeblich eine traumatische Erfahrung sei, unter der die Frau lebenslang litten, „ist in großen Studien widerlegt, und das erlebe ich in der Praxis genauso“ (Louis, 24.08.22).

Weiter steckt in dieser Aussage auch, dass die Entscheidung zu einem Schwangerschaftsabbruch keineswegs wünschenswert ist und auch nicht leichtfertig getroffen wird. Trotzdem – das wird immer wieder deutlich – entscheiden sich Frauen dafür (s. Aussage *Schadwirkungen restriktiver Gesetze*). Deshalb ist letztlich auch ein anderes Sprechen darüber notwendig: „Ist es nicht seltsam und auch schlimm, dass der Raum des Sprechens, den wir um diese Entscheidung herum haben, noch immer so sehr ins Nicht-Öffentliche verbannt ist – als handle es sich um etwas Verworfenes?“ (Mayer, 29.8.18).

⁵ Dieser Text erschien im Original 1971 und wurde aufgrund seiner Aktualität 2022 erneut abgedruckt

An dieser Stelle wird der Standpunkt der EMMA im diskursiven Kampf um die Grenzen des „Normalen“ sichtbar. Gerade das Verweisen auf Studien und Statistiken sind typische Aspekte einer normalistischen Strategie: Normalität wird durch statistische Dispositive und den Verweis auf Durchschnitte hergestellt (vgl. Jäger& Jäger 2007, 62). Die Strategie der EMMA zielt auf eine Ausweitung der Normalitätsgrenzen und damit der Normalisierung von Abtreibung. Dabei werden auch der Status Quo, die Ausgrenzungsmechanismen, das Abdrängen des Sprechens über Schwangerschaftsabbrüche ins „Nicht-Öffentliche“ klar benannt und problematisiert, also de-normalisiert.

Außerdem kann diese vermeintlich rationale Sicht auf die Dinge als Gegenstrategie zu der moralischen der Lebensschützer*innen gesehen werden. Deren Moral wird als religiös und in diesem Kontext unpassend abgelehnt.

„Und deswegen sollten wir darüber sprechen, über den Schmerz, um die Möglichkeit, ihn auszusprechen, nicht den Falschen zu überlassen, den so genannten ‚Lebensschützern‘. Denn sie sind es ja, die sich auf jeden einen solchen Schmerz stürzen; sie sind es, die auch das Internet vermint haben mit unlauter dargebotenen Berichten des Bereuens, auf welche die nach einem Ausweg suchende Frau sofort und unausweichlich trifft.“ (Mayer, 29.8.18)

Notwendigkeit männlicher Solidarität

„Sie treibt ab in einer Gesellschaft, in der noch lange nicht alle Väter die elterliche Verantwortung mittragen.“ (Schwarzer, 28.8.18)

Die Aussage, dass auch Männer sich mit den Frauen solidarisieren sollen, tritt nicht sehr häufig auf. Zum einen wird das konkrete Verhalten von Männern angesprochen: „Eine Partei, die nicht im Laufe dieser Legislaturperiode für eine Streichung des § 218 oder mindestens die Fristenlösung sorgt, dürfte 2025 von keiner Frau mehr gewählt werden. Und von den solidarischen Männern ebenso wenig“ (Louis, 24.8.22). Auf die gleiche Weise wird in einigen Artikeln benannt, dass Männer sich beispielsweise an Unterschriftenaktionen oder Demonstrationen beteiligten.

Der Umstand, dass die FDP – im Laufe des Artikels als „Lindners Boy Group“ bezeichnet – 2022 an den Regelungen § 218 festhält, wird deutlich mit dem hohen Männeranteil in der Partei in Verbindung gebracht (ebd.). Daraus, wie auch aus dem eingangs erwähnten Zitat lässt sich ableiten, dass eben viele Männer noch nicht solidarisch sind, dies aber sein sollten.

Zum anderen wird in dieser Aussage auch auf das soziale Problem aufmerksam gemacht, dass vor allem Frauen die schwierigen Umstände eines Schwangerschaftsabbruches bewältigen müssen, weil sie nach wie vor „ein riesiges Problem damit [haben], Beruf und Kinder zu

vereinbaren“ (o. A., 3.11.17). Oder weil sie von ihren Männern zu Entscheidungen gedrängt werden:

„Ich habe seine Manipulationen – Er habe Angst, sein Kind, also das, das er schon hatte, zu verlieren, wenn all das ans Licht käme; auch war ich beruflich von ihm abhängig – zu meinen Gründen werden lassen. Obwohl ich eigentlich in jedem Moment, in dem ich mich besann, wusste, ich wäre stark genug, es würde sich schon alles fügen. Aber der Vater ist ein Faktor. Und so können auch falsche Entscheidungen richtige werden.“ (Mayer, 29.8.18)

Unterdrückung kommt aus der Liaison von Kirche & Staat

„Deutschen PolitikerInnen ist die Stimme der Stellvertreter Gottes weiterhin wichtiger als die von Millionen Frauen“ (Schwarzer, 27.4.22)

Die Autorinnen der EMMA erkennen den „Gebärzwang“ (Schwarzer, 3.9.22), also das Abtreibungsverbot, als aus einer Liaison zwischen Kirche und Staat gewachsen. Dabei kritisieren sie vor allem, dass die Politik sich auch heute noch nach der Meinung der Kirche, insbesondere des Vatikan richte: "Seither bewegt sich der deutsche Staat auf einem Zickzackkurs, auf dem er es vor allem einem recht machen will: dem Vatikan und seinen AnhängerInnen - statt seinen Millionen Bürgerinnen" (Schwarzer, 30.1.19). Ganz explizit weist das Magazin auf den Zentralrat deutscher Katholiken, der Andrea Nahles 2018 dazu aufforderte sich für den Erhalt des Paragrafen einzusetzen (o. A., 16.3.18).

Zudem wird die Liaison dadurch sichtbar, dass es in vielen katholisch dominierten Gegenden überhaupt keine Möglichkeit mehr zur Abtreibung gibt. „Diese ÄrztInnen verweigern sich im Namen ihres „Gewissens“ oder aus Angst vor ihrem (oft katholischen) Arbeitgeber“ (Schwarzer, 28.8.18). Keine direkte Zusammenarbeit, aber doch ein Zusammenhang wird auch zwischen der Agitation der Lebensschützer*innen und den staatlichen Regelungen hergestellt. Durch ihre massiven Einschüchterungsversuche wie beispielsweise das Anzeigen von Ärzt*innen, was ja nur auf Grundlage des Gesetzes funktioniert, tragen die christlichen Fundamentalist*innen zu einer Versorgungsnotlage bei. Die Aussage *Unterdrückung kommt aus der Liaison von Kirche & Staat* steht also auch in engem Zusammenhang mit der folgenden Aussage, die explizit auf die Schadwirkungen, wie die eben genannte Versorgungsnotlage eingeht.

Schadwirkungen restriktiver Gesetze

„Denn an den Folgen illegaler Abtreibungen sterben laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) alljährlich weltweit 47.000 Frauen. Und fünf Millionen Frauen landen im Krankenhaus wegen verpfuschter Abtreibungen. Viele dieser Frauen werden nie mehr ein Kind bekommen können.“ (Schwarzer, 28.8.18)

Zunächst vertritt die EMMA vor allem das Wissen, dass Schwangerschaftsabbrüche unter allen Umständen vorgenommen werden. Restriktive Gesetze verhindern Schwangerschaftsabbrüche nicht, sondern drängen sie in die Illegalität und verschlechtern somit die Umstände, unter denen sie vorgenommen werden.

Damit einher geht die mangelnde Bildung der Ärzt*innen. Die Methode eines Schwangerschaftsabbruchs wird in der medizinischen Ausbildung in Deutschland nicht gelehrt. Deshalb werden dort wo überhaupt Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, häufig veraltete Methoden verwendet, was letztlich als Gefahr für die Sicherheit von Frauen eingestuft wird. Weil Ärzt*innen, die Abtreibungen angeboten hatten darüber hinaus immer weniger werden (u. a. auch wegen des gesellschaftlichen Klimas; s. *restriktive Tendenzen in Deutschland*) entstehe eine Versorgungsnotlage. Angetrieben werde diese Situation noch von der Agitation der Lebensschützer*innen, die Abtreibende sowie Ärzt*innen belästigten und bedrohten. Dieses Wissen wird in diversen Artikeln durch Zitate von Ärzt*innen, Engagierten bei Institutionen wie Profamilia oder durch private Erfahrungsberichte gestützt.

In der Ausgabe 4/2022 wird in Form einer Reportage ausführlich darüber berichtet, was die Versorgungsnotlage bedeutet. Verschiedene Frauen kommen zu Wort, deren Berichte das Ausmaß der Lage verdeutlichen sollen (z. B.: „Von Anfang an feindselige Behandlung in der Praxis, einschließlich Bruch der Schweigepflicht“; „Der Abbruch war schmerzhaft, laut und der Dämmerschlaf fast ohne Wirkung. Der Arzt hat beim Vorgespräch Witze über tote Babys gemacht und dass eine Patientin Bestatterin sei, falls ich nicht überlebe. Ich musste aber zu dieser Praxis, weil alle anderen im Umkreis keine Termine mehr hatten für sechs Wochen.“; „Es war eine Fließbandabfertigung. Der durchführende Arzt hat mich gezwungen, das Ultraschallbild anzuschauen. Er war sehr grob zu mir und ich habe sehr viel Blut verloren.“; Louis, 24.8.22) Der Artikel kommt zu dem Schluss:

„Wer glaubt, in Deutschland sei ein Schwangerschaftsabbruch eine normale medizinische Leistung und ein selbstverständliches Recht für Frauen, wird eines Besseren belehrt. Das rot-grün-gelb-regierte Deutschland ist von diesem Zustand weit entfernt – und es entfernt sich immer weiter.“ (ebd.)

Dieses Wissen wird in vielen weiteren Artikeln aufgegriffen. Eine weitere Folge der restriktiven Politik sei die Tabuisierung des Themas SAB.

„Außerdem hat sich das gesellschaftliche Klima verschärft. Es gibt immer mehr Krankenhäuser, die Frauen Abbrüche verweigern. Und immer weniger Ärzte, die Abbrüche durchführen. Wenn man das tut, gerät man in so eine „Schmuddelecke“. Ich bin innerhalb der Ärzteschaft eine Außenseiterin. Das Tabu ist immer noch riesengroß.“ (o.A., 3.11.17; Interview mit Hänel)

Hier wird auch deutlich, dass die Aussage *Schadwirkungen restriktiver Gesetze* eng verknüpft ist mit der Aussage *restriktive Tendenzen in Deutschland*. Auch zu der Aussage *Unterdrückung ist gewollt* steht sie in enger Verbindung, weil gerade die Agitation der Lebensschützer*innen und der Politik die restriktiven Gesetze bedingen.

Regressive Tendenzen in Deutschland

„der Backlash ist in vollem Gange“ (Louis, 24.11.17)

Die EMMA kritisiert nicht nur die Wirkung der restriktiven Gesetzgebung, sondern verzeichnet auch eine Verschärfung der Situation. Schon mit dem Thema der Verurteilung Kristina Hänel zu Beginn des Untersuchungszeitraums wird dies deutlich: „Die Anzeige und wiederholte Anklage gegen Kristina Hänel ist Ausdruck der wachsenden rückwärtsgewandten und antifeministischen Stimmung und Haltung in Deutschland. Und dieser Prozess ist nur die Spitze des Eisbergs!“ (Louis, 12.12.17).

Darüber hinaus werden die regressiven Tendenzen an vielen Stellen zunächst durch das geringer werdende Versorgungsangebot deutlich. Dieses wird aber schnell in Verbindung gebracht mit einer allgemeinen Stimmung im Land, die von der heftigen Agitation der Abtreibungsgegner*innen angetrieben wird:

„Doch die Abtreibungsgegner haben es in den vergangenen Jahren geschafft, die Gesellschaft einzulullen. Ihr demagogisches Vokabular- „Kind“ statt „Fötus“ etc. – ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Der Druck auf die Frauen und ÄrztInnen hat sich wieder verstärkt. Immer mehr Frauen reden wieder von ihrem ‚schlechten Gewissen.‘“ (Schwarzer, 28.8.18)

Gleichzeitig habe das schlechte Versorgungsangebot „nicht unbedingt mit Gewissenskonflikten des Individuums zu tun [...], sondern eher mit der Angst vor Rufschädigung in einem gesellschaftlichen Klima, in dem Abtreibung wieder zunehmend als Schande gilt. Selbst unter bewussten Frauen wird inzwischen nur noch unter vorgehaltener Hand darüber geredet.“ (Schwarzer, 18.2.19).

Besonders interessant erscheint hierbei eine kurze Betrachtung der Kollektivsymbolik: Durch verschiedene rhetorische Mittel wird deutlich, dass ein Rückschritt zu verzeichnen ist. Nicht nur ist davon die Rede, dass Frauen „wieder“ auf den Tischen von Engelmacherinnen landen

könnten, der Rückschritt wird auch deutlich als solcher, sowie als „backlash“ (Louis, 12.12.17) oder „Rollback-Bewegung“ (o.A., 16.3.18) benannt („die Zeichen stehen hierzulande also auf Rückschritt“, Louis, 30.5.18).

Die Aussage beinhaltet auch das Wissen darüber, dass Lebensschützer wirklich gefährlich werden können, wenn Beispiele aus den USA angeführt werden, wo fanatische Abtreibungsgegner*innen schon Mordanschläge verübt haben. Die Nähe der Standpunkte dieser fundamentalen Christen zu manchen Politikern in Deutschland halten die Autorinnen für gefährlich: „Es geht ja nicht nur um ein paar durchgeknallte Fanatiker. Auch so mancher Politiker tönt ganz ähnlich“ (Louis, 2019/5).

Unterdrückung ist gewollt

„‘Der Gesetzgeber hat klar und unmissverständlich deutlich gemacht, dass er nicht will, dass über Schwangerschaftsabbrüche diskutiert wird, als wäre das eine ganz normale Sache‘, erklärte die Richterin. Sie befürwortete, dass Frauen sich nicht eigenständig für eine Ärztin ihrer Wahl entscheiden dürfe.“ (Louis, 24.11.17)

In engem Zusammenhang mit den beiden vorigen Aussagen steht die Aussage, dass die Unterdrückung gewollt sei. Auch diese Aussage wird zuerst mit Bezug zu dem Fall Hänel getroffen: Die Staatsanwaltschaft habe an dem Fall ein Exempel statuieren wollen. Es wird die für den Fall zuständige Richterin Fouladfar zitiert, wie das obige Zitat zeigt.

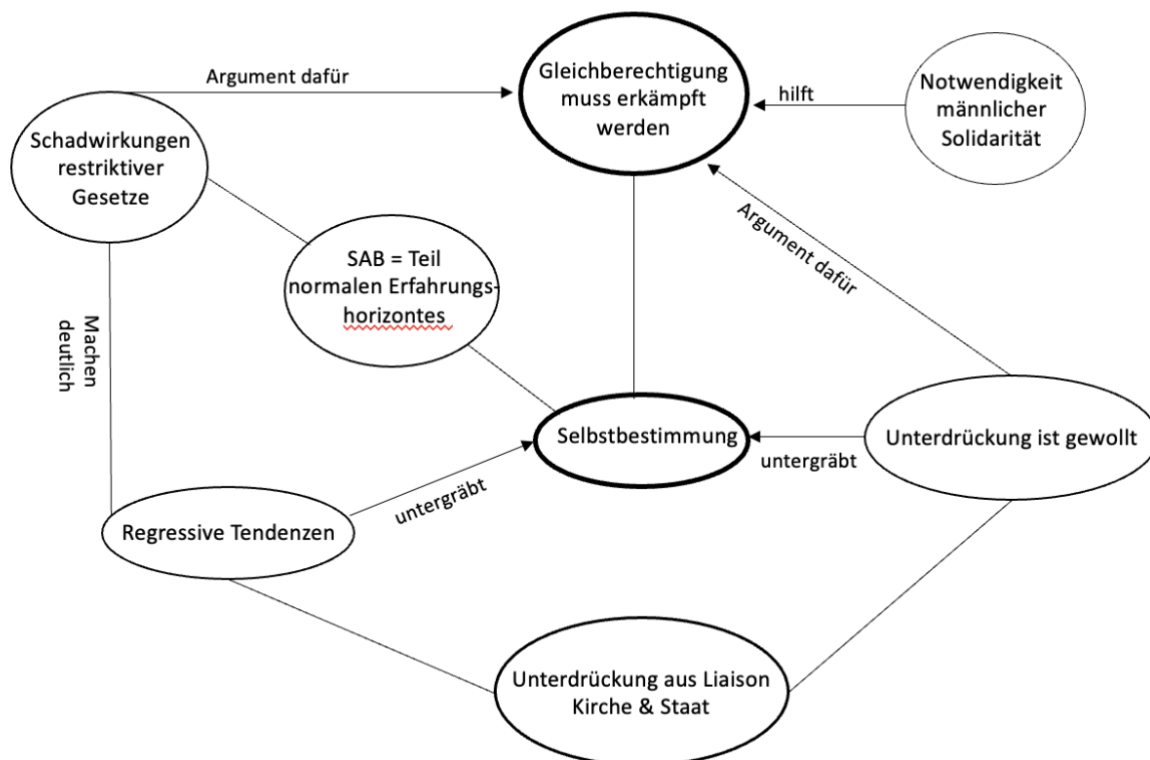
Die gesetzliche Regelung in Deutschland wird auch später als gewollte „Bevormundung, Einschüchterung und Entmündigung der Frauen“ bezeichnet (Schwarzer, 28.8.18). Schwarzer erklärt in dem Artikel, dass der Staat die Frau eigentlich zum Austragen des Kindes verpflichte, den Körper der Frau also als „Gebärmachine“ verstünde, sie aber nicht mit Gefängnis bestrafen könne, da er sie gleichzeitig auch für ihre unbezahlte Arbeit brauche (ebd.). Deshalb gebe es nun die „Zwangsberatung“ – die Unterdrückung also eher auf einer moralischen Ebene. Zuletzt lässt sich die Aussage auch in Bezug auf die Ampel-Koalition, die den § 218 auch nicht abschafft, also Frauen ebenfalls nicht selbst bestimmen lassen will, herauslesen (vgl. z.B. Schwarzer, 15.12.21). Die Unterdrückung gehe also nicht nur von „ein paar durchgeknallten[n] Fanatiker[n]“ aus, sondern so mancher Politiker „tönt ganz ähnlich“ (Schwarzer, 15.12.2021).

Selbstbestimmung

„Eine Frau, die ungewollt schwanger ist, treibt ab. Selbst unter Androhung der Todesstrafe. Denn es ist ja noch nie darum gegangen, OB Frauen abtreiben – sondern nur darum, WIE sie abtreiben“ (Schwarzer, 28.8.18)

In dieser Aussage wird unter anderem das Thema Ampelkoalition verhandelt; Das Zitat "Alles nur das eine nicht: Endlich das klare Recht für Frauen, selber zu bestimmen, ob sie Mutter

werden oder nicht!" birgt auch die Aussage *Unterdrückung ist gewollt*, hebt aber vor allem auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ab, dass die EMMA einfordert, von der Politik aber nicht als anerkannt sieht. Das obige Zitat zeigt deutlich, dass man hier davon ausgeht, dass Frauen dazu fähig sind selbstbestimmt zu entscheiden, es nur unter Umständen nicht dürfen. So heißt es bei Schwarzer weiter: „Sie tut es weil sie um die Konsequenzen einer Mutterschaft weiß: Knapp zwei von drei der abtreibenden Frauen in Deutschland sind bereits Mütter“ (ebd.). Darüber hinaus wird die Aussage unterstützt von diversen Berichten über Protestaktionen, auf denen Frauen für ihre Selbstbestimmung auf die Straße gehen. Darüber hinaus wird das Recht auf Abtreibung in mehreren Artikeln als „elementarstes aller Frauenrechte“ (Louis, 24.8.22) oder als „Menschenrecht“ (Schwarzer, 28.8.18; 18.2.19) definiert. „Denn eine selbstbestimmte Mutterschaft ist für Frauen die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Das Recht auf Abtreibung ist ein Menschenrecht“ (Schwarzer, 18.2.19). Darüber hinaus werden Erfahrungsberichte geteilt, in denen Frauen darüber berichten, wie glücklich sie mit ihrer selbstbestimmten Entscheidung sind.



Aussagenfeld

Der Zusammenhang der Aussagen ergibt sich folgendermaßen: Das EMMA-Magazin versteht das Abtreibungsverbot als Unterdrückung, die aus der Liaison von Kirche und Staat entstand, gewollt ist und seit einigen Jahren wieder stärker wird. Daraus ergeben sich Schadwirkungen

wie Tabuisierung, Versorgungsnotlage oder die schlechte Ausbildung der Ärzt*innen. Diese Umstände untergraben die von der EMMA postulierte Selbstbestimmung, obwohl der Schwangerschaftsabbruch eigentlich ein Teil eines gewöhnlichen Erfahrungshorizontes sei. Aus diesem Aussagenkonglomerat ergibt sich, dass Gleichberechtigung erkämpft werden müsse. Für diesen Kampf kann männliche Solidarität wichtig sein.

Selbstbestimmung als zentrale Aussage gilt als Begründung für viele andere Aussagen bzw. für den Standpunkt der EMMA. Selbstbestimmung ist sozusagen die Rechtfertigungsgrundlage für den eigenen Standpunkt. Die zweite zentrale und sehr häufig auftretende Aussage *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* ist eher diejenige, die sich aus den anderen ergibt.

3.1.4 Fazit

Es konnte gezeigt werden, dass der Abtreibungsdiskurs in den Artikeln der EMMA mit verschiedenen anderen Diskursen verschränkt ist. Zuerst fällt der juristische Diskurs ins Auge. Hier kommt die Frage auf, warum der rechtliche Rahmen des Schwangerschaftsabbruchs so oft zu Sprache kommt und ein feministisches Magazin nicht anders an das Thema herantritt. Die EMMA, vor allem die Autorin Alice Schwarzer, blickt auf einen langen Kampf gegen diese Regelung zurück und in dessen Tradition sie steht – und gerade da sich nach wie vor nichts an dem Paragraphen 218 verändert hat, scheinen sie an dem Thema festzuhalten.

Aus anderen Diskursverschränkungen lässt sich darüber hinaus eine staats- und auch kirchenkritische Haltung des Magazins ablesen: Die Aussage *Unterdrückung kommt aus der Liaison von Kirche & Staat*, sowie die Häufigkeit der Themen katholische Kirche, Papst oder Vatikan belegen diesen Standpunkt. Eine Dreifachverschränkung zwischen Abtreibungs-, Islam- und Parteiendiskurs stützt ebenso eine staatskritische Position, wie auch eine kritische Haltung gegenüber dem politischen Islam (z. B. Schwarzer, 15.12.21) – die Gefahr, die von ihm ausgehe, werde von der Politik nicht ausreichend wahrgenommen. Des Weiteren führt auch die Verschränkung des Abtreibungsdiskurses mit dem Geschlechterdiskurs und dem Thema Transgeschlechtlichkeit zu interessanten Effekten. Zunächst wirkt diese Verschränkung unter Verbindung mit dem Parteiendiskurs ebenfalls staatskritisch (Kritik am neuen Transsexuellengesetz). Darüber hinaus fügt sich die Verschränkung aber in einen generellen Standpunkt der Autor*innen ein, der den „Trend“ zu Hormonbehandlungen zur Geschlechtsangleichung bei Jugendlichen als gefährlich einstuft und darüber hinaus auf der biologischen Zweigeschlechtlichkeit beharrt (Schwarzer, 3.9.22)⁶. Besonders interessant

⁶ Im Jahr 2022 bringt Schwarzer zusammen mit Chantal Louis zum Thema das Buch „Transsexualität. Was ist eine Frau? Was ist ein Mann? Eine Streitschrift“ bei Kiepenhauer & Witsch heraus.

erscheint der sich daraus ergebende Standpunkt bzw. die Grenzen des Sagbarkeitsfeldes zu körperlicher Selbstbestimmung: Eine Unterdrückung (die nicht zuletzt religiös motiviert ist) bringt das Verbot der Abtreibung und gleichzeitig das Gebot zum Tragen eines Kopftuches hervor. Eine dritte Komponente erhält die Unterdrückung durch die Prostitution, die die Autor*innen der EMMA auch lieber abgeschafft wüssten⁷. Im vorliegenden Magazin ist es also nicht sagbar, dass zu Selbstbestimmung dazu gehört, den eigenen Körper verhüllen oder sexuelle Dienstleistungen anbieten zu dürfen. Eine Erklärung für diese Position könnte sei, dass EMMA diese Konstellation als eine Resultat der patriarchalen Gesellschaft sieht.

Ein weiterer Aspekt, der die Grenze des Sagbaren absteckt, ist die Frage, bis wann eine Abtreibung für legitim gehalten wird. Die EMMA vertritt dabei die Meinung, dass es das Recht der Frau sein muss über ihren Körper zu entscheiden, solange das „werdende Leben“ ihren Körper noch nicht verlassen hat (o. A., 3.11.17). Weiter ausgeführt wird dieses Thema im untersuchten Korpus nicht.

Aus der Strukturanalyse im Gesamten ergibt sich ein Bild patriarchaler Unterdrückung durch Kirche und Staat, gegen die von feministischer Seite seit den 70er Jahren gekämpft wurde und es auch weiterzukämpfen gilt. Durch Aussagen wie *Selbstbestimmung*, *Schwangerschaftsabbrüche als Teil eines gewöhnlichen Erfahrungshorizontes von Frauen* oder auch *Schadwirkungen restriktiver Gesetze* wird die eigene Position stark gemacht und das Aufbegehren gegen die Unterdrückung legitimiert. Die mit der zweiten Aussage verknüpfte Normalisierungsstrategie und das Beharren auf einer Mehrheit, die für das Recht auf Abtreibung ist, wirken in die gleiche Richtung. Einerseits haben die Berichte über die Abtreibungsgegner*innen (insb. durch die Bezüge in die USA) einen besorgniserregenden Effekt, gleichzeitig wirkt die Menge der Themen, die sich auf feministische Aktionen beziehen auch bestärkend für betroffene Leser*innen.

⁷ 2013 brachte Schwarzer z. B. den „Apell gegen Prostitution“ an die Bundeskanzlerin und den Bundestag voran und veröffentlichte später das Buch „Prostitution – Ein deutscher Skandal“. Sie kritisiert damit vor allem das Prostitutionsgesetz von 2002, mit dem diese nicht mehr als „sittenwidrig“ gilt, sondern ein legales Gewerbe wird (bmfsfj.de, 2021). In der EMMA wird immer wieder aus einer kritischen Perspektive über Prostitution berichtet und das nordische Modell, also ein Sexkaufverbot, gefordert.

3.2 Strukturanalyse MISSY Magazine

3.2.1 Diskurse

Der dominante Diskurs in den untersuchten Artikeln des Missy Magazins ist der Abtreibungsdiskurs - an vielen Stellen eng verknüpft mit dem allgemeinen Emanzipationsdiskurs. Da es in der Mehrheit der Artikel um die rechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland geht, insbesondere um § 218 und § 219a, besteht häufig eine Diskursverschränkung mit dem juristischen Diskurs. Die Verschränkung ist hier zwar gegeben, allerdings weniger stark als in der EMMA. Darüber hinaus wird oft über die medizinische Versorgungslage gesprochen, bzw. über die medizinischen und körperlichen Umstände, wodurch eine Verschränkung des Abtreibungsdiskurses mit dem medizinischen Diskurs deutlich wird.

An einigen Stellen werden die Positionen deutscher Parteien (z. B. im Zuge des Themas Bundestagswahl) angesprochen. Außerdem geht es in einigen Artikeln auch um die internationale Lage, also die Politik in anderen Ländern. Es lässt sich hier eine Verschränkung mit dem Politikdiskurs, in seinen Teilen ‚Parteiendiskurs‘ und ‚Diskurs um internationale Politik‘ feststellen.

Ein wichtiger, mit dem Abtreibungsdiskurs verknüpfter Diskurs ist außerdem der ökonomische Diskurs, wobei die MISSY einen kapitalismuskritischen Haltung einnimmt. Mehrere Artikel weisen zum einen auf die historisch bedingte Verbundenheit von Kapitalismus und Patriarchat hin, oder legen dar, dass der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen klassenbezogene Ungleichheit aufweist. Hiermit ist zusätzlich der Fluchtdiskurs verschränkt, da auf die Situation und den schlechten Zugang zu Abtreibung (bzw. Informationen dazu) von geflüchteten Schwangeren in Lagern hingewiesen wird.

Mit Blick auf das Thema Abtreibungsgegner*innen kann eine Diskursverschränkung zwischen Abtreibungsdiskurs, Christentumdiskurs und dem Diskurs um die Neue Rechte ausgemacht werden. Dies wird vor allem in der Aussage *Abtreibungsgegnertum als Einfallstor für Neue Rechte* deutlich.

Ein weiterer mit dem Abtreibungsdiskurs auf interessante Weise verschränkter Diskurs ist der Geschlechterdiskurs. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass körperliche Selbstbestimmung für alle gelten muss – also auch für Transpersonen.

3.2.2 Themen

Im Diskurs um die Abtreibung werden im Korpus der Missy eine Reihe von Themen angesprochen. Diese lassen sich gruppieren in Abtreibungsgegner*innen, Feministische Aktionen, Rechtliche Lage, Medizinische Lage, Internationale Lage und Sonstige Themen, die

nur selten angesprochen werden (vollständige Liste s. Anhang). Besonders wichtig sind im Feld der Abtreibungsgegner*innen die Aktionen der Lebensschutzbewegung sowie die Neue Rechte – im Bereich der feministischen Aktionen dann natürlich die entsprechenden Gegenproteste. Hervorzuheben ist hier außerdem der verstärkte Fokus auf das Internet: es geht um die Webseiten der Abtreibungsgegner*innen, gegen die man eine feministische SEO-Strategie⁸ entwickeln müsse.

Interessant erscheint auch, dass man sich selbst als Bewegung Schwäche zugesteht, indem man von einem Mobilisierungsproblem spricht.

Im Bereich der sonstigen Themen zählen häusliche Gewalt, Stigmatisierung und Scham sowie Verhütung die größte Rolle. Wobei dazu gesagt werden muss, dass das Thema Verhütung nicht mit politischen Forderungen auftritt. Die Idee mit einem deutlich erleichterten Zugang zu Verhütungsmitteln und Aufklärung Abtreibungen zu umgehen wird nicht angesprochen.

3.2.3 Aussagen

Die Verantwortung für ungewollte Schwangerschaft und der Umgang damit ist die Last und das Leid der Frau

„Was ich noch absurder finde, ist, dass du als Mensch mit Uterus ja nur eine gewisse Anzahl an Kindern in einem Jahr bekommen könntest. Die Person allerdings, von der du schwanger wärst und die nicht zur Beratung muss, könnte – mit viel Mühe zwar – Tausende Kinder im Jahr zeugen. Aber gut, dass sie dann mit dir geredet haben.“ (Apraku, 12.10.21)

Diese Aussage beinhaltet zwei Perspektiven: Erstens wird ein Vergleich zwischen Männern und Frauen angestellt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass Männer viel mehr Kinder zeugen könnten als Frauen, die Beratung aber trotzdem mit den Frauen stattfindet. Letztlich verweist die Aussage darauf, dass die Verantwortung ungerecht verteilt wird, weil auch Männer ungewollt Kinder produzieren können, aber nicht dafür beschuldigt werden damit unverantwortungsvoll umzugehen. Zweitens geht es um das körperliche und seelische Leid, welches für Frauen mit dem Thema einhergehen kann: Die Aussage weist darauf hin, dass für Frauen(-körper) Schwangerschaften eine Last darstellen können. Hierbei werden Geschichten von Frauen erzählt, die auf Druck ihrer Männer so viele Kinder bekamen, dass ihre Körper darunter litten.

⁸ SEO-Strategie: besonders häufige Suchworte herausfinden, um eigene Webseiten damit zu befüllen, damit sie dann möglichst weit oben angezeigt werden. Bislang werden bei einer Google Anfrage zu Abtreibung schnell Seiten von Abtreibungsgegner*innen angezeigt.

Notwendigkeit männlicher Solidarität und Verantwortungsübernahme

„hetero cis Typen, warum seid ihr eigentlich so zurückhaltend? Dieser Stuff betrifft euch auch“ (Apraku, 11.7.22)

Mit dieser Aussage versuchen die Autor*innen darauf hinzuweisen, dass auch Männer Verantwortung haben und diese auch übernehmen können. Hier kommt zum Beispiel das Thema Verhütung ins Spiel, wenn von einem Mann berichtet wird, der keine Kinder haben möchte und sich deshalb kastrieren lässt, um einem SAB vorzubeugen. Die Notwendigkeit von *Notwendigkeit männlicher Solidarität* ergibt sich einerseits aus *Unterdrückung ist gewollt* und andererseits aus *Die Verantwortung für ungewollte Schwangerschaft und der Umgang damit ist die Last und das Leid der Frau*, um letztendlich die Schadwirkungen einzugrenzen und körperliche Selbstbestimmung zu erreichen.

Die Unterdrückung ist intersektional

Die Aussage, dass Schwangerschaftsabbrüche unter einer intersektionalen Perspektive zu betrachten sind, nimmt in der MISSY einen zentralen Platz ein. Da sich verschiedene Artikel auf verschiedene Aspekte der Aussage beziehen kann eine inhaltliche Untergliederung in Geschlecht, Klasse und Behinderung vorgenommen werden. Diese inhaltliche Untergliederung dient lediglich der Darstellung der Diskursfragmente. Trotzdem kommt die Aussage gerade durch deren Zusammensetzung zustande.

In Bezug auf Geschlecht bedeutet dies, dass die Kriminalisierung als Eingriff in die Selbstbestimmung verstanden wird und damit auch die Selbstbestimmungsrechte nicht-gebärfähiger Menschen angreift: „Wenn ich schreibe, dass menschenverachtende Ideologien intersektional sind, dann meine ich im Hinblick auf Schwangerschaftsabbrüche, dass die politische Entscheidung, diese weiterhin zu kriminalisieren, nicht lediglich cis Frauen oder Menschen mit Uterus negativ betrifft. Schließlich handelt es sich hierbei um den Eingriff in die Selbstbestimmung, der ein grundsätzliches rechtliches und politisches Machtmittel gegen marginalisierte Gruppen, so etwa auch trans Frauen, ist.“ (Apraku, 11.7.22)

An dieser Stelle tritt das Geschlechterverständnis der MISSY deutlich hervor: „[...] wir müssen verstehen, dass Schwangerschaftsabbrüche kein Thema sind, dass nur cis Frauen negativ betrifft“ (ebd.). Darüber hinaus werden mit Blick auf die argentinische Bewegung *marea verde* Trans-Perspektiven mit aufgenommen, die körperliche Selbstbestimmung als „gemeinsamen politischen Horizont“ transaktivistischer und feministischer Bestrebungen verstehen. Daraus wird abgeleitet, dass Verbündung und Solidarität notwendig ist (Estevez, 08.03.21).

Der zweite Aspekt der intersektionalen Perspektive der MISSY Redaktion ist ein ökonomischer bzw. auf Klasse fokussierter. Der Abtreibungsdiskurs ist hier deutlich mit dem ökonomischen Diskurs verschränkt. Es geht in erster Linie darum, darauf aufmerksam zu machen, dass der Zugang zu Abtreibung ungleich ist, da er vielerorts mit hohen Kosten verbunden ist. Außerdem wird die Verwurzelung der Geschlechterhierarchie in der kapitalistischen Ökonomie ausführlich erklärt. Damit wird Abtreibung zu einer zentralen sozialen Frage gemacht: „Das Recht auf und der Zugang zu Abtreibungen sind demnach vor allem auch eine soziale Frage. Und eine Frage der gesellschaftlichen Verhältnisse im Gesamten. Denn für reproduktive Selbstbestimmung braucht es gesellschaftliche Strukturen, die eine sichere Versorgung, Zugänge für alle, Beratungsangebote und weitere Unterstützung gewährleisten“ (Heinisch, 25.7.22).

Zuletzt wird unter einer Verschränkung zwischen Abtreibungs- und Ableismusdiskurs noch das Thema Spätabtreibung und Behinderung verhandelt. Eine Pränataldiagnostik, die nach einer Beeinträchtigung sucht, hält man für schwierig, denn „[W]enn die eigene Angst vor Behinderung und der gesellschaftliche Druck die Handlungsoptionen der Schwangeren beschränken, ist es schwer zu sagen, wie selbstbestimmt diese Entscheidung überhaupt war“ (Achtelik, 17.3.20). Außerdem wird ganz klar die Geburt als Grenze für Abtreibungen herausgestellt: „Kein*e Feminist*in kann ein Szenario wollen, in dem es legal wäre, ein halb geborenes Kind einer Sichtkontrolle auf die Schwere der Beeinträchtigung zu unterziehen und es dann totzuspritzen, wenn es „schlimmer“ ist, als die dann doch nicht zukünftige Mutter es sich vorstellen kann“ (Achtelik, 17.3.20). Achtelik verschiebt hier den Blick auf eine Diskriminierungsform, die gar nicht die Schwangere selbst betrifft, aber ihre Entscheidungsfindung beeinflusst und somit in besonderer Weise mit dem Thema Abtreibung verbunden ist.

An zwei Stellen wird der ungleiche Zugang für geflüchtete Schwangere angesprochen, wobei die Intersektion von *race* und Geschlecht deutlich wird. Aufgrund der Residenzpflicht in Lagern, sei es für geflüchtete Schwangere besonders schwer an verlässliche Informationen und letztlich auch an medizinische Versorgung zu kommen.

Selbstbestimmung

„Es ist so fucking ungerecht, dass, wenn ich schwanger werden sollte, ich zu einer Beratungsstelle gehen muss – als ob ich nicht in der Lage wäre, so eine Entscheidung für mich zu treffen!“ (Apraku, 12.10.21)

Eng verknüpft mit der Aussage *Schadwirkungen restriktiver Gesetze* wird auch hier darauf aufmerksam gemacht, dass Frauen – weil sie selbstbestimmt entscheiden können und wollen –

oft unter allen Umständen abtreiben würden. Mit dem Verweis auf eine „hochgelobte“ Langzeitstudie, die zeigt, dass 95% der Menschen, auch fünf Jahre später ihre Entscheidung nicht bereuen, wird die Selbstbestimmungskompetenz unterstrichen. Was die Entscheidung vor allem so schwierig macht, seien die äußeren Umstände. Denn „eine Entscheidung gegen eine Schwangerschaft kann durchaus eine gute sein“ (Sanyal, 15.7.19).

Bei dem Thema Roe vs. Wade wird das darin verankerte Selbstbestimmungsrecht als „fundamentales Recht gebärfähiger Menschen“ bezeichnet (Heinisch, 25.7.22). Ein Eingriff in die Selbstbestimmung sei immer ein grundsätzliches rechtliches und politisches Machtmittel gegen marginalisierte Gruppen (Apraku, 11.7.22). Die in Deutschland geltende Beratungspflicht wird ebenfalls als Eingriff in die körperliche Selbstbestimmung verstanden und als „Bevormundung“ und „ungerecht“ bezeichnet.

Gesellschaftliche Entstigmatisierung nötig

„Wir brauchen mehr Bildung, die einen Schwangerschaftsabbruch nicht als worst case scenario darstellt, sondern als gängigen Teil gesundheitlicher Versorgung“ (Apraku, 11.7.22)

Neben einer rechtlichen Entkriminalisierung fordert die MISSY auch eine gesellschaftliche Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen – also eine Entstigmatisierung. Weil sie etwas ganz Normales sind, sogar gute Erfahrungen sein können, sollte darüber anders gesprochen werden. Auch die Abtreibungsgegner*innen könne man damit zurückdrängen: Wenn alle darüber sprechen, wüssten diese nicht mehr, wo sie demonstrieren sollten. Außerdem sollte es bessere Bildung für Mediziner*innen geben, die den SAB zu einem Teil der Gesundheitsversorgung werden lässt. Auch so würden Menschen sich wohler fühlen, über das Thema offen zu sprechen. Franziska Kabisch fordert, das Thema SAB tatsächlich zu „beschönigen“, weil es zum Sexleben vieler eben dazugehöre und bislang meist übertrieben negativ dargestellt würde (Kabisch, 12.9.22). Nur wenn darüber geredet würde, könne auch die *Selbstbestimmung* tatsächlich greifen, heißt es auch in anderen Artikeln. Nur wer weiß, was ein SAB bedeuten kann, kann auch selbstbestimmt darüber entscheiden.

Außerdem könne auch nur durch das öffentliche Sprechen auf eine Veränderung der Situation um SAB hingewirkt werden:

„Man weiß nicht, dass es überhaupt ein Problem gibt. Bis vor Kurzem hat Deutschland einfach nicht über Schwangerschaften, die unerwünscht sind, gesprochen [...] Man spricht nicht darüber, und die deutsche Bevölkerung weiß nicht, dass oder ob es Schwangere in Deutschland gibt, die abtreiben müssen, aber es nicht können.“ (Nandi, 7.3.19)

Das MISSY Magazin widmet dem SAB darüber hinaus einen Artikel in der Rubrik „Unser Glossar gegen die Panik vor Wörtern“, wo nochmals genauer darauf eingegangen wird, wie wichtig es ist, den Schwangerschaftsabbruchs oder die Abtreibung überhaupt beim Namen zu nennen.

Schadwirkungen restriktiver Gesetze

„Wenn eine schwangere Frau abtreiben muss, es aber nicht kann, wird sie nicht brav und gehorsam, schnell ein paar Pampers einkaufen und das Baby eben behalten. Sie wird über Selbstmord nachdenken. Und über geheime Abbruchmethoden, bei denen sie vielleicht ihr Leben riskiert. Wer gegen Abtreibung ist, ist für den Frauentod. So einfach ist es.“ (Nandi, 7.3.19)

Auch die MISSY Redaktion kommt zu dem Schluss, dass Schwangerschaftsabbrüche durch restriktive Gesetze nicht verhindert werden, sondern nur die Umstände, unter denen sie vorgenommen werden, verschlechtert. Daneben ist auch die Tabuisierung, bzw. das fehlende öffentliche Sprechen über den SAB eine Schadwirkung der restriktiven Gesetzgebung. Hier schließt die obige Aussage *gesellschaftliche Entstigmatisierung nötig* an.

Unter die Aussage *Schadwirkungen restriktiver Gesetze* subsumieren sich außerdem die Versorgungsnotlage bezüglich des konkreten medizinischen Eingriffs, der Informationen dazu, sowie die mangelhafte Ausbildung der Mediziner*innen. Aus einem Interview mit einer Medizinstudentin von Medical Students for Choice Berlin geht hervor, dass es bei vielen Studierenden nicht nur an fachlichem Wissen, sondern auch an rechtlichem und ethischem Wissen mangelt (Mayrhauser, 10.7.19). Aber nicht nur die mangelnde Bildung an sich, sondern auch die Kriminalisierung führe dazu, dass nur wenige Ärzt*innen SAB's vornähmen.

Gleichberechtigung muss erkämpft werden

„Freiheit und Sicherheit werden uns nicht geschenkt, erst recht nicht durch die Gerichte. Wir müssen sie erkämpfen.“ (Heinisch, 25.7.22)

In dieser Aussage steckt zugleich die Annahme darüber, ob die Politik bzw. der Staat als geeigneter Lösungsakteur gesehen oder zumindest angesprochen wird. In der MISSY wird sich darauf kaum positiv bezogen. Vielmehr wird die Politik nicht als vertrauenswürdig bzw. lösungsfindend gesehen, da hier privilegierte über marginalisierte Menschen entscheiden. Immer wieder werden Begriffe wie „Kampf“, „Klassenkampf“ oder „soziale Frage“ verwendet, welche auf kritische revolutionäre Bewegungen rekurren. Man will die Befreiung aus der Herrschaft des Staates über die eigenen Körper – worauf man sich natürlich nicht auf die Politik verlassen kann. In dieser Aussage wird die Diskursverschränkung zwischen dem ökonomischen Diskurs und dem Abtreibungsdiskurs besonders deutlich. Z. B. liefert Heinisch eine Analyse

der Verstrickung von Kapitalismus und patriarchaler Unterdrückung und fordert das über Bord werfen der Verhältnisse (Heinisch, 25.7.22).

Die Rolle der Politik wird jedoch nicht gänzlich zur Seite gestellt. Tasnim Röder weist 2018 darauf hin, dass vieles von der Regierungsbildung abhängt und nach Kristina Hänel hoffentlich ausführlich über die Änderungen des Paragrafen gesprochen werde, weil es sonst wieder zu einer „schnellen faulen Lösung“ käme (Röder, 13.6.18).

Die Aussage *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* ist in hohem Maße mit der Aussage *gesellschaftliche Entstigmatisierung nötig* verknüpft, da das Sprechen über SAB's eine Möglichkeit darstellt, gegen die Kriminalisierung zu kämpfen. Mit einem Aufruf sich Gruppen anzuschließen oder im Internet aktiv zu werden, werden auch andere, ganz konkrete Strategien vorgestellt sich an dem Kampf für einen selbstbestimmte Abtreibung zu beteiligen. Gleichzeitig ist sie auch mit *Selbstbestimmung* verknüpft, denn auch diese wird nur erreicht, wenn gekämpft wird.

Die Unterdrückung ist gewollt

„Abbrüche sollen auf keinen Fall als normale medizinische Leistung gelten – und was befeuert die Stigmatisierung mehr als ein erschwerter Zugang zu Informationen? Das ist politisch so gewollt [...]“ (Reis, 5.7.18)

Aus den Artikeln des MISSY Magazins geht hervor, dass die Autor*innen die Unterdrückung durch § 218 und § 219a als gewollt verstehen – gewollt von der Politik und gewollt auch von den Abtreibungsgegner*innen (außerhalb der institutionalisierten Politik). Diese wollen die Unterdrückung in besonderem Maße - so erklärt z. B. Mithu Sanyal, dass sie nach einem Text über einen bewussten SAB von Abtreibungsgegner*innen angegriffen wurde: „sie meinen damit, dass ich hätte leiden sollen“ (Sanyal, 15.7.19). Es gehe den Abtreibungsgegner*innen eigentlich gar nicht um das vermeintliche Leben der ungeborenen Föten, „sondern um die Körper der Frauen, die gebären“ (Reis, 5.7.19).

Aus einem Gespräch mit Maria Wersig, der Präsidentin des Deutschen JuristInnenbundes e. V. geht hervor, dass der Paragraf 219a eine „eine bewusste Entscheidung der Politik sei“ und man davon sprechen könne, dass die Regelung nicht aus Versehen seit 1933 im Strafgesetzbuch stünde und zwei Reformwellen überlebt habe (Röder, 13.6.18).

Religion begünstigt regressive Tendenzen

„Wo Religion den Diskurs bestimmt, sind regressive Tendenzen oft nicht fern.“ (Ramczik, 10.8.20)

Das Thema Religion spielt für die Aussagen des MISSY Magazins eine untergeordnete Rolle. Es gibt, anders als in der EMMA, keine konkrete Aussage zur Verknüpfung von Staat und Kirche. Allerdings wird einmal mit obigem Zitat die Aussage *Religion begünstigt regressive Tendenzen* gemacht. Es geht hier vor allem um das Thema „Bible Belt“ in der Sächsischen Schweiz, wo Frauenberatungsstellen häufig von gläubigen Christen, sogar von Fundamentalist*innen bespielt werden. Inwiefern hier Neutralität geleistet werden kann, wird in Frage gestellt. Außerdem steckt die Aussage in jedem Bericht über Aktionen der Fundamentalist*innen, bzw. Abtreibungsgegner*innen, die im Kern christliche Fundamentalist*innen sind.

Abtreibungsgegnertum als Einfallstor für Neue Rechte

„Kelle⁹ steht beispielhaft für die Anschlussfähigkeit der sogenannten ‚Lebensschutzbewegung‘ an die Neue Rechte, und ihre Reichweite zeigt, dass antifeministische Diskurse und Haltungen heute bis in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken.“ (Wiedemann, 30.7.19)

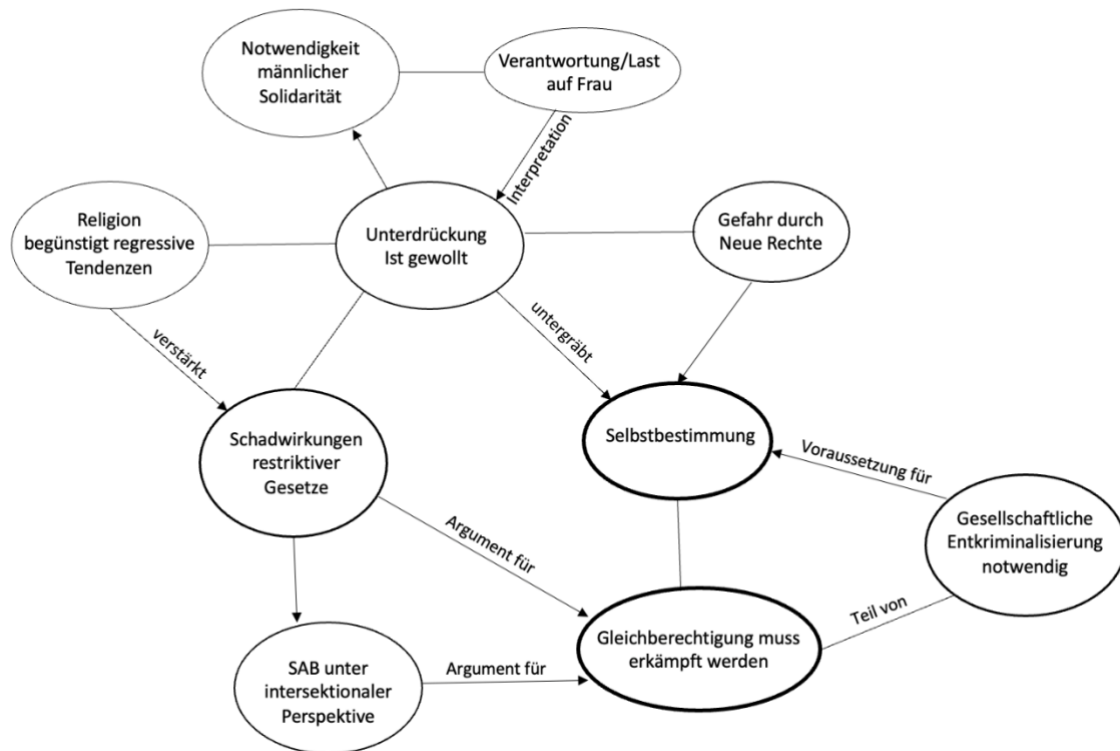
Die Lebensschutzbewegung wird von den Autor*innen des MISSY Magazins stark mit der Neuen Rechten zusammen gebracht – hier verschränkt sich also der Abtreibungsdiskurs mit dem Diskurs um die Neue Rechte. Kristina Hänel belege, dass auch die gegen sie gerichteten Hassbotschaften sowie die Proteste sich verändert haben – es gehe weniger um den konkreten Bezug zu Gott und mehr um neurechte Positionen (wie etwa antisemitische Rhetorik oder der Schutz der deutschen Kleinfamilie) rückten in den Fokus. Welche Folgen dieser Zusammenschluss haben kann, wird beispielsweise im Prozess gegen die Aktivist*innen, die am 21.9.21 den Marsch für das Leben blockierten, aufgezeigt. Der AfD nahe Oberstaatsanwalt brachte den Prozess mit auf den Weg und veranlasste inhaltlich identische Einzelverfahren und machte ein Verbot der Mehrfachvertretung gültig – man stuft den Prozess als politisch motiviert ein, zur Kriminalisierung und Abschreckung des feministischen Protests (Vgl. Wiedemann, 12.7.21). Insgesamt wird deutlich auf die Gefahr hingewiesen, dass Neue Rechte sich mit christlich-fundamentalen Lebensschützer*innen zusammentun und so ihre (antifeministischen)

⁹ Birgit Kelle ist eine Autorin, die dem neurechten Spektrum zuzuordnen ist. Ihre Texte erschienen z. B. in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, in „Die Welt“ oder „The European“. Sie veröffentlichte u. a. Bücher mit den Titeln „Dann mach doch die Bluse zu. Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“ (2013) oder „GenderGaga. Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will“ (2015) (Wiedemann, 30.07.19).

Positionen immer mehr in die Mitte der Gesellschaft bringen. Der wachsende Einfluss der Lebensschützer*innen zeige sich in der anhaltenden Kriminalisierung.

Aussagenfeld

Aussagenfeld



Das Aussagenfeld des MISSY-Magazins ist recht divers. Dies mag daran liegen, dass die Artikel von vielen verschiedene Autor*innen stammen, die Schwerpunkte auf unterschiedliche Aspekte legen. Eine der meist getroffenen Aussagen ist *Gleichberechtigung muss erkämpft werden*, die – zusammen mit *Selbstbestimmung* – eine zentrale Stellung einnimmt. Das MISSY Magazin nimmt damit eine staatskritische Position ein. Da die institutionalisierte Politik nicht als Lösungsakteurin verstanden wird, wird sie nicht sehr häufig angesprochen. Der Kampf für die Gleichberechtigung kann unterschiedlich ausfallen – hierfür werden verschiedene Strategien erwähnt. Besonders eng verknüpft ist die Aussage mit *gesellschaftliche Entstigmatisierung nötig*, weil dies als ein Teil des Kampfes gelten kann und Selbstbestimmung möglich macht. Die gewollte Unterdrückung, durch die Neue Rechte und Religion vorangetrieben, verstärkt die Schadwirkungen restriktiver Gesetze. Diese Schadwirkungen verstehen die MISSY Autor*innen als intersektional wirkend, was wiederum als Argument für den Kampf um Gleichberechtigung gilt. Dass die Verantwortung für ungewollte Schwangerschaften und der

Umgang damit Last und Leid der Frau ist, interpretieren die Autor*innen auch als gewollte Unterdrückung, was gleichzeitig die Solidarität von Männern nötig macht.

3.2.4 Fazit

Insgesamt zeigt die Strukturanalyse, dass in der MISSY der Abtreibungsdiskurs vielfältig mit anderen Diskursen verschränkt ist und mit verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen assoziiert wird. Besonders interessant erscheint die Diskursverschränkung mit dem ökonomischen Diskurs, die vor allem in der Aussage *Unterdrückung ist intersektional* zum Tragen kommt und dem Magazin eine kapitalismuskritische Position verleiht. Die intersektionale Position, die das Magazin nicht zuletzt selbst für sich beansprucht, wird also auch in Verbindung mit dem Thema Abtreibung deutlich. Neben dem ökonomischen Diskurs macht dies auch die Diskursverschränkung mit dem Geschlechterdiskurs, genauer dem Thema Transsexualität sowie den Themen Behinderung und Flucht deutlich. Körperliche Selbstbestimmung gilt für die Autor*innen der MISSY für alle Geschlechter. Einen Eingriff in diese verstehen die Autor*innen immer als politisches Machtmittel gegen marginalisierte Gruppen und da alle Unterdrückungsformen intersektional ineinandergreifen, müssen diese auch zusammen gedacht und bekämpft werden.

Auch das MISSY Magazin markiert die Geburt als Grenze für eine Abtreibung. In einem Artikel zu einer illegalen Spätabtreibung verhandelt Achtelik auf die für die MISSY typische komplexe Weise, wie verschiedene Diskriminierungsformen ineinander greifen und die Entscheidung zu einem Abbruch beeinflussen können.

Darüber hinaus wird als Quelle der Unterdrückung weniger die Kirche verstanden, als vielmehr gesellschaftliche Strukturen, die nicht loszulösen sind von kapitalistischen und rassistischen Verhältnissen, die aber vor allem von der Neuen Rechten und fundamentalistisch-religiösen Akteuren aufrechterhalten werden. Die Neue Rechte wird als besondere Gefahr herausgehoben, die neuerdings die antifeministischen Proteste der Lebensschützer*innen unterstützt.

4. Feinanalysen

4.1 EMMA: Abtreibung ist ein Menschenrecht

Im Folgenden soll ein Artikel der untersuchten EMMA-Texte feinanalysiert werden, um einen genaueren Blick auf sprachliche Mittel und Argumentationsstrategien werfen zu können. Hierfür wird der Artikel „Abtreibung ist ein Menschenrecht!“ vom 28.08.2018 ausgewählt, da alle Aussagen des in der Strukturanalyse herausgearbeiteten Aussagenfeldes vorkommen.

Zunächst wird die Textoberfläche, also die optische Erscheinung des Artikels, beschrieben und über mögliche Intentionen bzw. Wirkungen reflektiert. Danach wird der Artikel in Sinnabschnitte unterteilt inhaltlich zusammengefasst wiedergegeben. Darauf folgt eine Analyse der sprachlich-rhetorischen Mittel. Hierzu gehört es, den Argumentationsgang hin zu einem bestimmten Argumentationsziel zu untersuchen und dabei auf sprachliche Besonderheiten einzugehen. Welche Implikate oder Anspielungen können ausgemacht werden, wo kommt Kollektivsymbolik zu Einsatz? Zusätzlich sollen normalisierende Effekte in den Blick genommen werden. Zuletzt wird das Aussagenfeld und dessen Wirkungen expliziert, um in einem Fazit die Analyseergebnisse zusammenzubringen und die Feinanalyse abzuschließen.

4.1.1 Institutioneller Rahmen und Textoberfläche

Einbettung und grafische Gestaltung

Der Artikel „Abtreibung ist ein Menschenrecht!“ erscheint online am 28.08.2018. Der Titel ist in Großbuchstaben geschrieben, darunter folgt der Untertitel:

„Eine Frau, die ungewollt schwanger ist, treibt ab. Selbst unter Androhung der Todesstrafe. Denn es ist ja noch nie darum gegangen, OB Frauen abtreiben – sondern nur darum, WIE sie abtreiben. Werden ungewollt Schwangere bald wieder ihr Leben riskieren müssen?“

Hierunter werden neben einem kleinen runden Bild der Autorin Datum und Name der Autorin - Alice Schwarzer - vermerkt. Nun folgt ein Foto einer Demonstration, auf dem vorne mittig

Schwarzer in jungen Jahren zu erkennen ist, die in ein Megaphon spricht. Über ihr erkennt man ein großes Banner, das besagt „Weg mit dem § 218“. Die Bildunterschrift besagt: „Alice Schwarzer in den 80ern auf einer Kundgebung gegen den § 218“.



Zwischendurch werden kurze Zitate des Textes als Versalien und in größerer Schriftart hervorgehoben. So etwa „Eine Frau, die ungewollt schwanger ist, treibt ab. Selbst unter Androhung der Todesstrafe“ (Z. 21f.), oder „nach deutschem Recht gehört der Körper der Schwangeren nicht ihr, sondern dem Fötus“. Vor den letzten beiden Sinnabschnitten folgt noch „Für uns Feministinnen bleibt das Recht auf Abtreibung ein elementares Menschenrecht“. Mit Blick auf Argumentationsgang und -ziel kann gesagt werden, dass die Hervorhebungen diesem entsprechen.

Die Autorin des Artikels Alice Schwarzer ist Mitbegründerin und heute Herausgeberin und Geschäftsführerin der Zeitschrift. Ein großer Teil der hier untersuchten Artikel wurden von ihr geschrieben. Neben dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch sind auch Transsexualität oder Islamismus Themen, zu denen sie in der EMMA und in eigenen Büchern schreibt und ihre Position kontrovers diskutiert wird.

Einteilung in Sinnabschnitte

Sinnabschnitt 1 – Z. 1-15

Nicht *ob*, sondern *wie*

Alice Schwarzer betont, dass Frauen immer schon und unter allen Umständen abgetrieben haben. Sie bezieht dabei die Rolle des Staates und der Väter ein, die dafür sorgen, dass Frauen einer hohen Belastung ausgesetzt sind.

Sinnabschnitt 2 – Z. 16-31

Der faule Kompromiss

Angefangen mit den 1970ern, in denen der Kampf gegen den § 218 die Initialzündung für die Neue Frauenbewegung wurde beschreibt Alice Schwarzer nun das Zustandekommen der Gesetzgebung. Dass es in Deutschland keine Fristenlösung, so wie in vielen Nachbarstaaten gebe, hält sie für einen „faulen Kompromiss“.

Sinnabschnitt 3 – Z. 32-55

Die Frau als Gebärmachine und unbezahlte Arbeitskraft

Da das Gesetz es vorsieht dem ungeborenen Leben rechtlichen Schutz gegenüber der Mutter einzuräumen, unterstellt Schwarzer den Gesetzgebern, den Körper der Frau als Gebärmachine zu verstehen. Dass die Strafe, die eigentlich für einen Schwangerschaftsabbruch gelten würde unter bestimmten Umständen (Indikation, Frist, Beratung) nicht geltend gemacht wird, liege nur daran, dass man Frauen zwar drohen und einschüchtern, aber nicht ins Gefängnis stecken

wolle – schließlich sei man auf ihre unbezahlte Arbeit in der Familie oder in unterbezahlten Berufen angewiesen. Das Gesetz sei zudem von Anfang an ein Einfallstor für ein erneutes Verbot gewesen.

Sinnabschnitt 4 – Z. 56-67

Eine individuelle Gewissensentscheidung und elementares Menschenrecht

Mit einem Hinweis auf die offizielle Erfassung der Abtreibungszahlen wird gezeigt, dass die Zahl deutlich gesunken ist. Dieser Umstand wird auf die fortschreitende Emanzipation zurückgeführt – der Feminismus habe also maßgeblich dazu beigetragen. Als Feministinnen finde man Abtreibungen auch nicht wünschenswert – trotzdem sei es kein Verbrechen, sondern ein elementares Menschenrecht.

Sinnabschnitt 5 – Z. 68-77

Druck und Terror vonseiten der Abtreibungsgegner*innen

Die Agitation der Lebensschützer*innen habe es geschafft die Abtreibung bis in die Mitte der Gesellschaft wieder in Verruf zu bringen. Sowohl die Betroffenen selbst als auch Ärzt*innen seien verunsichert – haben ein schlechtes Gewissen bzw. Sorge vor möglichen Anfeindungen und Strafen.

Sinnabschnitt 6 – Z.80-98

Der lange Kampf um die selbstbestimmte Mutterschaft

Mit einem Bezug zu der Aktion „Marsch für das Leben“ wird erneut aufgezeigt, wie das Lebensschutzprogramm die Mitte der Gesellschaft erreicht. Gleichzeitig wird mit einem Verweis auf eine Todesstatistik darauf aufmerksam gemacht, wie gefährlich illegale Abtreibungen sein können. Dabei sei „es nur halb beruhigend, dass es seit 2012 eine Gegenbewegung gibt“ (Z. 87). Im letzte Absatz erinnert sich Schwarzer an ihre Aktion „Ich habe abgetrieben“ von 1971. Sie bewundert den Mut der teilnehmenden Frauen und bedauert gleichzeitig, dass sie fast ein halbes Jahrhundert später immer noch „um das elementarste Menschenrecht einer Frau“ (Z. 97) kämpfen muss.

4.2.2 Sprachliche und rhetorische Mittel

Argumentationsziel

Der Artikel zeigt in erster Linie auf, dass Betroffene unter allen Umständen abtreiben würden – auch wenn es gesetzlich verboten ist. So wird auch erklärt, dass die selbstbestimmte Mutterschaft ein Menschenrecht sei. Damit einhergehend wird argumentiert, dass von

konservativer Seite eine Gefahr ausgeht, wenn diese das Abtreibungsrecht einschränken wollen. Die drei in Versalien abgesetzten Zitate heben diese Argumentationsziele hervor.

Argumentationsgang

Zunächst wird das Argument stark gemacht, dass Frauen unter allen Umständen abtreiben würden. Sie tun dies einerseits, weil sie über ihren Körper bestimmen können und um die Konsequenzen wüssten, aber auch weil der Staat nicht genug Unterstützungsleistungen für Frauen mit Kindern bereit halte. Das Verbot der Abtreibung wird als besonders drastischer Einschnitt in das Leben einer Frau dargestellt: „Der § 218 überschattete nicht nur ihre gesamte Sexualität, sondern ihr ganzes Leben“ (Z. 17f.).

In einem nächsten Schritt wird die Geschichte des Paragraphen seit den 70er Jahren dargelegt und als „fauler Kompromiss“ deklariert. Denn eigentlich sei die Mehrheit der Bevölkerung immer für eine Fristenlösung gewesen. Der Politik unterstellt Schwarzer eine bewusste Unterdrückung der Frauen durch die rechtliche Regelung, die für sie näher an einem Programm der Lebensschützer liegt als bei dem, was die Mehrheit der Bevölkerung will. Dann argumentiert Schwarzer, dass auch Feminist*innen selbst Abtreibungen nicht für wünschenswert halten, dass aber die Abtreibungszahl unter emanzipierteren Frauen sinken würde. Damit wird gleichzeitig gezeigt, dass die Strategie der Abtreibungsgegner für ihr eigenes Ziel – Abtreibungen durch Kriminalisierung zu verhindern - nicht wirksam ist. Mit der Darstellung einer sich verstärkenden regressiven Tendenz in der deutschen Gesellschaft wird auf die Gefahr aufmerksam gemacht die davon ausgehe, wenn Abtreibungen wieder verboten würden. Dass es eine Gegenbewegung gebe, sei dabei „nur halb beruhigend“ (Z. 87), was den Ernst der Lage noch einmal untermalt. Mit der Erinnerung an die Kampagne von 1971 wird argumentiert, dass sich seitdem zu wenig geändert habe.

Argumentationsstrategien

Zunächst wird das Argument, dass das Recht auf Abtreibung ein Menschenrecht sei, stark gemacht: Man beruft sich auf Zahlen der WHO, die belegen wie viele Frauen an illegalen Abtreibungen sterben oder zeigt auf, dass die Abtreibungszahlen in emanzipierteren Gesellschaften sinken. Außerdem wird unterstrichen, dass Frauen, die sich für eine Abtreibung entscheiden, dies bewusst tun. Viele von ihnen hätten bereits Kinder und entschieden sich für die Abtreibung trotz der „Zwangsbewertung“ (Z. 15). Die zweite wichtige Argumentationsstrategie betrifft die Abtreibungsgegner*innen: Der Artikel zeichnet recht deutlich ein Feindbild bestehend aus christlichen Fundamentalist*innen, Konservativen und

dem Vatikan bzw. streng katholischen Christen. Diese Seite wird mit dem Begründungstext des Bundesverfassungsgerichts assoziiert: „Der Körper der Frau als Gebärmaschine. Das klingt wie abgeschrieben aus einem Programm der ‚Lebensschützer‘“ (Z. 36f.). Es wird also eine Trennlinie konstruiert zwischen den Feminist*innen bzw. betroffenen Frauen und der Politik, die den konkreten Gegnern des Abtreibungsrechts sehr nahe steht und sich teilweise überschneidet (CDU und AfD als Konservative, auch Repräsentant*innen der Grünen und der SPD würden „gerne schon mal Lebensrechtler-Töne anschlagen“, Z. 90). Die Seite der Feminist*innen wird konstruiert durch die Verwendung des Pronomens „wir“: „[...] Aber im Gegensatz zu CDU-Kauder und AfD-Storch sind wir nicht der Auffassung, dass Abtreibung ein Verbrechen ist“ (Z. 62ff.).

Kollektivsymbolik

Anknüpfend an die Argumentationsstrategien fallen einige Kollektivsymboliken auf. Zunächst kann die Konstruktion einer Gegenseite auch auf der Links-Rechts-Achse der kollektivsymbolischen Matrix verortet werden. Während die Nazis, unter denen die Abtreibung mit Todesstrafe geahndet wurde, ganz klar im Außen verortet werden, sind Konservative und Lebensschützer*innen sehr weit rechts, mindestens auf dem Rand der Bannmeile angesiedelt. Sich selbst als Feministinnen verortet man im Herz der Matrix und auf der Achse des politischen vermutlich recht weit links.

Auch eine Rückschritt-Fortschritt-Achse wird bedient: Man unterstellt der rechts angesiedelten Gegenseite, dass sie „unermüdlich“ auf ein Verbot der Abtreibung hinarbeiteten, was einen Rückschritt bedeuten würde. Außerdem hätten die Lebensschützer die Gesellschaft mit ihrem „demagogischen Vokabular“ eingelullt (Z. 69), sodass ihre Positionen in der Mitte der Gesellschaft angekommen seien. Darüber hinaus wird die vergangene Situation durch iterative Ausdrücke präsupponiert: So lautet beispielsweise die Frage der Unterüberschrift „Werden Schwangere bald *wieder* ihr Leben riskieren müssen? [Herv. H.K.]“ (Z. 3f.) oder später „fängt also *wieder* alles von vorne an? Es sieht ganz so aus [Herv. H.K.]“ (Z. 80). Als fortschrittlicher werden andere Länder wie z. B. Italien genannt, in denen lediglich die Fristenlösung gilt. In Deutschland sehe das „anders aus, ganz anders“ (Z. 23) – es ist also deutlich weiter in Richtung Rückschritt verortet.

Im Herzen der Kollektivsymbolik stehen außerdem die Menschenrechte. Damit stützt sich Schwarzer auf ein breit anerkanntes Konzept, welches die Sicherheit und das Leben in Würde aller Menschen absichern soll. Indem sie das Recht auf Abtreibung als Menschenrecht

deklariert, delegitimiert sie alle Aktionen dagegen und legitimiert gleichzeitig den feministischen Protest gegen die geltenden Regelungen.

Normalismus

Mit dem Verweis auf Statistiken und dem Betonen von Mehrheiten weist der Artikel eine typisch normalistische Strategie auf. Der Verweis auf verschiedene Zahlen verortet das Thema Abtreibung aktiv im Bereich des Normalen. Knapp zwei von drei der abtreibenden Frauen in Deutschland seien bereits Mütter (Z. 11), was die Entscheidungskompetenz der Frauen unterstreichen soll, da sie bereits wüssten, was es bedeute ein Kind zu bekommen. In den 70er Jahren (als eine neue Gesetzgebung gefunden werden sollte) sei „eine überwältigende Mehrheit der Frauen und auch Männer für die Fristenlösung“ (Z. 25f.) gewesen. Dass man als feministische Bewegung dem Kampf gegen Abtreibung am meisten beigesteuert habe, wird ebenfalls mit Zahlen belegt: Die Zahl der Abtreibungen sei seit 1996 stetig gesunken (Z. 59). Das Verbot von Abtreibungen wird dagegen denormalisiert indem darauf hingewiesen wird, wie viele Schwangere an den Folgen illegaler Abtreibungen sterben oder wegen Komplikationen weiter behandelt werden müssen (Z. 78ff.).

Gleichzeitig wird durch diese normalisierende Strategie ein Wahrheitsanspruch deutlich, der ebenfalls den Effekt hat, die Gegner des Abtreibungsrechts, die sich folglich auf das Falsche beziehen, zu delegitimieren und in ein Außen zu drängen.

4.1.3 Wirkungsweise

Das Aussagenfeld des Artikels ist auffallend ähnlich zu dem in der Strukturanalyse. Im Zentrum steht klar die Aussage zur *Selbstbestimmung*. Es sei „noch nie darum gegangen, ob eine Frau abtreibt. Es ging immer nur darum, *wie* eine Frau abtreibt“ (Z. 5f.). An mehreren Stellen wird deutlich gemacht, dass diese Frauen ihre Entscheidung sehr bewusst und auf Erfahrungswissen basierend treffen. Mit den gleichen Textstellen wird auch die Aussage *Schwangerschaftsabbrüche als Teil eines gewöhnlichen Erfahrungshorizontes von Frauen* gemacht. In dem untersuchten Artikel hängen die beiden Aussagen besonders eng zusammen, die beide von den normalisierenden Effekten gestärkt werden.

Gleichzeitig wird den Abtreibungsgegner*innen – also den fundamentalen Christen, dem Vatikan und den Konservativen – vorgeworfen sie würden das Abtreibungsrecht einschränken wollen. Der Artikel präsentiert also auch die Aussage *Unterdrückung ist gewollt*, die besagt, dass diese Kräfte das Selbstbestimmungsrecht gefährden. Schwarzer erklärt, dass der Sinn hinter der Gesetzgebung nicht mehr wäre die Frauen zu bestrafen, da man sie für unbezahlte Arbeit in der Familie und in unterbezahlten Berufen bräuchte (vgl. Z. 39ff.). Stattdessen wäre

nur der Kern erhalten geblieben: „die Bevormundung, Einschüchterung und Entmündigung der Frauen“ (Z. 46F.). Durch das Zusammenbringen der konservativen politischen Kräfte mit den christlichen Fundamentalisten und dem Vatikan kann auch die Aussage *Unterdrückung kommt aus der Liaison von Kirche & Staat* aus dem Artikel herausgelesen werden, deren Inhalt ebenfalls darauf abzielt das Selbstbestimmungsrecht zu untergraben. Zuletzt steht auch noch die Aussage *regressive Tendenzen* im Zusammenhang mit dieser Dynamik: Die regressive Tendenz, die sich aus der Präsupposition des Vergangenen ergibt, rührt auch von *Unterdrückung kommt aus der Liaison von Kirche & Staat* her und ist ebenfalls eng verknüpft mit der Aussage *Unterdrückung ist gewollt*. Es geht hier darum, dass konservative Kräfte das Selbstbestimmungsrecht wieder mehr angreifen wollen.

Aus den restriktiven Gesetzen und Tendenzen ergeben sich zudem Schädwirkungen, wie beispielsweise eine Versorgungsnotlage. Wenn Schwarzer beschreibt, dass immer weniger Ärzt*innen sich trauen Schwangerschaftsabbrüche anzubieten, weil sie Angst vor ihren katholischen Arbeitgeber*innen oder dem „Terror“ (Z. 76) der Lebensschützer hätten, zeigt sich die Aussage *Schädwirkungen restriktiver Gesetze* eng verknüpft mit dem Konvolut der zuvor dargestellten Aussagen, die gegen die Selbstbestimmung wirken.

Darüber hinaus macht der Artikel die Aussage *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* auf verschiedene Weisen. Zunächst wird an der Politik als Lösungsakteur Kritik geübt, indem darauf hingewiesen wird, dass anhand der Verfassungsklage der CDU die Fristenlösung in den 1970er Jahren sofort wieder gekippt wird (Z. 25ff.). Gleichzeitig wird den politischen Parteien nicht jede Handlungsmacht abgesprochen – man erwartet sogar von ihnen sich zu positionieren und zu engagieren: In der Gegenbewegung seien „immerhin auch: SPD, Grüne und die Linke“ (Z. 98f.). Gleich darauf erinnert sich Schwarzer an die Aktion „ich habe abgetrieben“ zurück, was zeigen soll, wie wirkmächtig eine solche Aktion sein kann. Das stärkt wiederum die Aussage *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* in dem Sinne, dass parteipolitisches Engagement nicht ausreicht.

Mit Blick auf die Argumentationsstrategie und sprachlich-rhetorische Mittel wird deutlich, dass sich diese Wirkung sehr gut mit dem Erscheinen der Struktur des Artikels zusammenbringen lässt. Die Aussagen *Selbstbestimmung* und *SAB als Teil eines gewöhnlichen Erfahrungshorizontes von Frauen* sind das Argument aufseiten der Feministinnen, während die Aussagen *Unterdrückung ist gewollt*, *Unterdrückung aus Liaison Kirche & Staat* sowie *regressive Tendenzen* und *Schädwirkungen restriktiver Gesetze* die Wirkungen der Gegenseite auf die Selbstbestimmung beschreiben. Die Aussagen *Gleichberechtigung muss erkämpft*

werden und *Notwendigkeit männlicher Solidarität* sind dann die Handlungsmöglichkeit, die sich auf der feministischen Seite ergeben, um die Selbstbestimmung zu verteidigen.

4.1.4 Fazit

Der Artikel „Abtreibung ist ein Menschenrecht“ argumentiert in erster Linie für genau das, was in der Überschrift angekündigt wird – Abtreibung ist ein Menschenrecht. Mit dem Bezug zu einem so allgemein anerkannten Konzept wie dem der Menschenrechte wird die Abtreibung normalisiert und gleichzeitig als ein besonders wichtiges Recht für Betroffene herausgestellt, um überhaupt als Mensch gelten zu können. Damit wirkt die angestrebte Einschränkung von konservativer Seite noch bedrohlicher und gleichzeitig für den*die Leser*in noch absurder.

Die institutionalisierte Politik – in erster Linie Parteien – werden stark kritisiert, aber in ihrer Rolle als Mitstreiter*innen für das Recht auf Abtreibung doch benannt. Dies führt dazu, die Aussage *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* zu stärken – also zu zeigen, dass Aktionen wie „ich habe abgetrieben“ nach wie vor nötig sind.

Wirkung und Argumentation ergänzen sich gegenseitig, indem sie diese Trennung zwischen Betroffenenperspektive und Abtreibungsgegnern stützen. Der Artikel fügt sich damit ein in die Ergebnisse der Strukturanalyse. Das Bild patriarchaler Unterdrückung durch Kirche und Staat, gegen das von feministischer Seite gekämpft werden muss, malt auch dieser Artikel.

4.2 MISSY: Das Märchen vom Trauma

Für die Feinanalyse im MISSY Magazin wird der Artikel „Das Märchen vom Trauma“ herangezogen. Es ist der einzige Artikel der Autorin Mithu Sanyal zum Thema Abtreibung im Untersuchungszeitraum. Da keine andere Autor*in innerhalb des Korpus mehr als zwei Artikel schrieb, stellt dies kein Repräsentationsproblem dar. Außerdem schreibt die Autorin und Journalistin Sanyal auch zu anderen Themen Artikel für das MISSY Magazin. Hinsichtlich der Aussagen erscheint der Artikel gemäß der Menge einer der aussagenkräftigsten zu sein. Mit fünf von zehn Aussagen ist er der Artikel, der am meisten Aussagen auf einmal anspricht.

Zunächst werden institutioneller Rahmen und Textoberfläche betrachtet. In einem nächsten Schritt kann genauer auf sprachliche und rhetorische Mittel eingegangen werden, wobei vor allem Argumentationsgang und -strategien sowie Kollektivsymbolik und Normalismustheorie untersucht werden.

4.2.1 Institutioneller Rahmen und Textoberfläche

Einbettung und grafische Ausgestaltung

Der Untertitel des Artikels „Das Märchen vom Trauma“ lautet „Jens Spahn investiert fünf Millionen Euro in eine Studie zum ‚Post-Abortion-Syndrom‘- das es gar nicht gibt“. In der Zeile darunter wird das Datum angegeben sowie der Rubrik Hinweis „Uncategorized, Wir wollen abtreiben“. Unter der Rubrik „Wir wollen abtreiben“ finden sich noch drei weitere Artikel zum Thema aus dem Juli 2019.

Der Artikel umfasst (inklusive Bild) etwa drei DIN A4 Seiten. Direkt über dem Text folgt noch der Verweis auf die Autorin Mithu Sanyal. Sie ist als Journalistin und Schriftstellerin tätig, wobei sie sich in ihren Werken vorwiegend mit Feminismus und (Anti-)Rassismus auseinandersetzt. Nach dem zweiten Absatz folgt ein Bild. Im für die MISSY typischen Stil eine bunte Illustration (von Julia Kluge), die drei Figuren zeigt. Diese sind klar als vermenschlichte Eingeweide zu erkennen. Oben mittig streckt ein Uterus mit grimmiger Miene seine an die Eileiter anschließenden Mittelfinger aus. Links unten ist eine Figur als Darm zu erkennen. Diese hat eher einen erschrockenen Blick und hebt mahndend einen Zeigefinger. Die dritte Figur erinnert an ein Herz. Sie hat einen zweifelnden oder fragenden Ausdruck. Wie sich zeigen wird unterstützt das Bild den Inhalt des Artikels sehr gut, in dem Zweifel an Jens Spahns Vorhaben zu einer Studie zu den Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen geäußert werden.



Einteilung in Sinnabschnitte

Abschnitt 1 – Z.6-33

Das Vorhaben einer Studie zu Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen und ihre Widersprüche
In einem ersten Sinnabschnitt, der sich über vier Absätze erstreckt, wird das diskursive Ereignis, das den Artikel prägt, geschildert. Die von Jens Spahn geplante Studie zum Post-Abortion-Syndrome wird dabei von Anfang an durch das Aufzeigen von Widersprüchen als unnötiges Vorhaben markiert. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass bestimmte Ergebnisse schon vorab erwartet werden und diese sich durch ein bestimmtes öffentliches Sprechen darüber festigen können – egal welche Ergebnisse am Ende tatsächlich heraus kämen. Es geht darum, dass mit solchen Falschinformationen durchaus Politik gemacht werden kann („So sind Ärzt*innen in South Dakota etwa gesetzlich dazu verpflichtet, ungewollt Schwangere zu informieren, dass ein Abbruch die Wahrscheinlichkeit erhöht, Depressionen zu bekommen und Suizid zu begehen“, Z.21ff.). Im letzten Absatz dieses Sinnabschnitts wechselt die Autorin in die erste Person Singular und beschreibt ihre Überlegungen hinsichtlich des Schreibens des Artikels. Dabei wird deutlich, dass sie es für nötig hält, gegen die Falschinformationen aufzusprechen.

Sinnabschnitt 2 – Z.34-42

Die wahren Hintergründe traumatischer Schwangerschaftsabbrüche

In diesem Abschnitt lenkt die Autorin ein, dass es durchaus traumatische Abtreibungsfolgen geben kann, dass diese aber vielmehr von der gesellschaftlich stigmatisierenden Situation herrühren als von der Entscheidung zu einer Abtreibung selbst.

Sinnabschnitt 3 – Z. 43-86

Offenes Sprechen über Schwangerschaftsabbrüche

Anhand von Zitaten aus anderen und eigenen Texten zeigt die Autorin auf, wie sie gerne auf alltägliche Weise über Schwangerschaftsabbrüche sprechen würde. Außerdem weist sie darauf hin, dass ein Schwangerschaftsabbruch keine grundsätzliche Entscheidung über Kinder sein muss und dass nicht nur cis-Frauen schwanger werden. Als Antwort auf diesen Text folgten Hassnachrichten, die Sanyal als „Mörderin“ oder „Serienmörderin“ diffamierten. Jedoch sei ihre Entscheidungen für einen Schwangerschaftsabbruch entgegen den Anschuldigungen durchaus überlegt gewesen.

Um das Stigma um Abtreibungen – man sei nur bei der Verhütung unbedacht gewesen, zu beenden, helfe nur das offene Sprechen. Darüber hinaus wäre auch Selbstbestimmung nur

möglich, indem man sich ein Bild davon machen könne welche Methoden es gibt, um eigene Ansprüche an Abtreibungen zu formulieren. Dieses Aufklärungspotenzial sollte auch in einer Studie zu Abbrüchen stecken. Auch im Kontext der Behandlung in einer Arztpraxis sei eine wertschätzende und offene Kommunikation durchaus wichtig – auch in Hinblick auf die Informationen, die Ärzt*innen schon im Voraus geben dürfen. Es wird ein Bezug zu Kristina Hänel hergestellt, die als Ärzt*in dargestellt wird, die genau das umsetze, aber dafür „unfassbarerweise“ tatsächlich verurteilt wurde.

Sinnabschnitt 4 – Z. 87-97

Demonstrationsrecht für Lebensschützer*innen

Nun wird noch einmal der Ort des Geschehens gewechselt. Es geht um die Aktionen der Lebensschutzbewegung im Umfeld von Kristina Hänel. Die Forderung der Stadtverordnetenversammlung nach einer Bannmeile um Hänels Praxis sei durch das Bundesinnenministerium abgewiesen worden. Die Autorin stellt das Gut der Demonstrationsfreiheit hier dem „menschlichen Anstand und Sensibilität für Menschen in einer potenziellen Krisensituation“ (Z. 95) entgegen. Die Gesellschaft solle „überall über reproduktive Rechte [...] sprechen, sodass die selbst ernannten Lebensschützer*innen nicht mehr wissen, wo sie demonstrieren sollen“ (Z. 95-97).

Sinnabschnitt 5 – Z. 98-102

Das Wirken von Wissen

Der Artikel schließt mit dem Argument, dass Wissen das beste Mittel gegen Trauma sei und deshalb Ärzt*innen über Methoden des Schwangerschaftsabbruches aufklären dürfen sollten. Mit einem Hinweis auf die #MeToo Kampagne postuliert die Autorin, dass „informed consent“ nur mit Information möglich sei.

4.2.2 Sprachliche und rhetorische Mittel

Argumentationsziel

Der Artikel scheint zwei miteinander zusammenhängende Argumentationsziele zu verfolgen. Zum einen soll Jens Spahns Studie zu Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen und das implizierte Wissen, dass es eine traumatische Erfahrung sei, entkräftet bzw. als sinnlos dargestellt werden. Zum anderen arbeitet die Argumentation darauf hin, am Ende das Wissen als bestes Mittel gegen Trauma zu benennen. Außerdem durchzieht das Thema Sprache bzw. das Sprechen den gesamten Text. Am Ende ergibt sich also ein logischer Zusammenhang: Wir brauchen keine Studie über die Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen, weil wir schon längst

wissen, wie die Ergebnisse ausfallen. Das Trauma (wenn es überhaupt auftritt) ergibt sich aus dem fehlenden offenen Sprechen über Schwangerschaftsabbrüche – es sollte also offener darüber gesprochen werden. So wird Trauma verhindert oder aufgearbeitet. Jens Spahn hat also Unrecht und ist auf der einen Seite inkompetent und verfolgt auf der anderen eine bestimmte politische Agenda. Im Folgenden soll dieser Argumentationsgang genauer beschrieben werden.

Argumentationsgang

Schon in der Überschrift wird die Position der Autorin deutlich: Ein Post-Abortion-Syndrome gibt es nicht und das macht auch eine Studie dazu überflüssig. Der Artikel beginnt dann damit ein Problem darzulegen, das weniger den Inhalt der Studie, als deren Wirkungen betrifft. Schon alleine das Sprechen über das Vorhaben Spahns bringe die Worte Abtreibung und Trauma zusammen, sodass ein Krankheitsbild in aller Munde lande, das es gar nicht gebe. Um dieses Wissen zu unterfüttern wird ein Referenzbezug zur Weltgesundheitsorganisation hergestellt, die als glaubwürdig gesetzt wird.

Der Hinweis darauf, dass der Gesundheitsminister dieser breit anerkannten Institution keinen Glauben schenke und fünf Millionen Euro, „mehr Geld als für jeden anderen Forschungsauftrag seines Ministeriums in der letzten Dekade“ in eine Studie dazu stecken will, sowie der Hinweis auf eine Studie, die bereits gegenteiliges bewiesen hat, soll einerseits den Eindruck seiner Inkompetenz wecken und unterstellt ihm andererseits ein Ziel. Er wolle negative Folgen finden. Die Frage „Geld zum Fenster rausgeworfen?“ (Da die Ergebnisse aus anderen Studien ja schon bekannt seien) verneint der Artikel, denn, mit Bezug zu eingangs beschriebenen Effekten, hätte man als Gesellschaft das Wort „Post-Abortion-Syndrome“ schon gelernt, egal welche Ergebnisse die Studie am Ende aufzeigen würde. Mit Bezug auf den Bundesstaat South Dakota, wo Ärzt*innen auf eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für Depressionen nach Schwangerschaftsabbrüchen hinweisen müssen, werden die möglichen politischen Konsequenzen eines solchen Vorhabens illustriert.

Nun kommt die Autorin in ihrer Argumentation zurück auf die Sprache und zeigt gleichzeitig ihre Wut. Es sei „höchste Zeit“ für eine neue Kampagne, in der Menschen davon berichten, wie es ihnen nach ihrem Abbruch geht. Sie spricht von der Unterstellung, dass das Syndrom einen früher oder später doch noch erwischen würde: „Allein diese Unterstellung ist dermaßen paternalistisch, dass ich sofort den Impuls hatte zu schreiben: Abtreibungen sind überhaupt kein Problem, Schnauze! Aber das ist ja Unsinn“. Mit diesem Wechsel in die erste Person und der Verwendung von empörter Alltagssprache wird deutlich wie erschütternd die Autorin das Vorhaben empfindet. Zweitens kann so der Eindruck geweckt werden, dass die Autorin zwar

Wut empfand, aber sich dann entschied den Artikel rational, und weniger affektgeladen zu schreiben.

Im weiteren Argumentationsverlauf wird vor allem das Sprechen über Abtreibungen ins Zentrum gerückt. Dieses sei nötig, erstens um die Narrative um Schwangerschaft zu diversifizieren, zweitens, um die Stigmata abzubauen und drittens, um Selbstbestimmung überhaupt erst möglich zu machen. „Das erwarte ich von der Studie, wenn sie mit wissenschaftlicher Sorgfalt ausgeführt wird, dass sie darüber aufklärt, welche positiven psychischen Folgen ein unaufgeregter und aufklärender Umgang mit Abbrüchen hätte“ (Z. 75-77).

Im nächsten Abschnitt wird argumentiert, dass das Reden über Abbrüche auch im professionellen Kontext wichtig sei. Die Ärztin Kristina Hänel wird als positives Beispiel herangezogen und so der Bogen zu der rechtlichen Lage geschlagen. Sie rede mit ihren Patient*innen und informiere über mögliche Schwangerschaftsabbrüche, wofür sie „unfassbarerweise auch verurteilt worden ist“ (Z. 86). Dem wird dann gegenübergestellt, dass Lebensschützer*innen, die auf den Gehsteigen um Praxen herum Betroffene belästigen, nicht angeklagt werden könnten. Die Autorin argumentiert, ein offenes Sprechen über Schwangerschaftsabbrüche würde die Gesellschaft für die Situation der ungewollt Schwangeren sensibilisieren, „sodass die selbsternannten Lebensschützer*innen nicht mehr wissen, wo sie demonstrieren sollen“ (Z. 96f.). Erst am Ende wird das offene Sprechen wieder mit dem Trauma zusammengebracht: „Eines der besten Mittel gegen Trauma ist Wissen“. Und der Zugang zu genau diesem Wissen werde durch die Gesetzgebung und durch das Gewährenlassen der Abtreibungsgegner*innen erschwert.

Argumentationsstrategien, Kollektivsymbolik und normalistische Strategien

Das Argumentationsziel, das Forschungsvorhaben Spahns für unsinnig zu erklären und bessere Lösungen vorzuschlagen erreicht der Artikel mit verschiedenen Argumentationsstrategien, die eng mit kollektivsymbolischen Auffälligkeiten verknüpft sind. Die übergeordnete und strukturgebende Strategie besteht darin, zunächst zu belegen, dass es das „Post-Abortion-Syndrome“ nicht gibt, indem sich auf die WHO und eine „hochgelobte“ Langzeitstudie berufen wird. Somit kann Spahns Vorhaben lächerlich gemacht und die eigenen Vorschläge legitimiert werden.

Zunächst durchzieht den ganzen Artikel eine Trennlinie zwischen einem *Wir* und einer konstruierten Gegenseite. Auf dieser Gegenseite ist in erster Linie Jens Spahn verortet, der in gewissem Maße als Stellvertreter für die parlamentarische Politik steht (die die unliebsamen

restriktiven Gesetze macht, die auf falschen Annahmen beruhen). Später kommen auch Gegner außerhalb der parlamentarischen Arena hinzu. Zunächst aber zur Explikation der *Wir*-Konstruktion: Die gehäuft verwendeten Pronomina *wir* und *uns* haben für die Leser*innen einen vereinnahmenden Effekt. Es bleibt zwar unklar, wer genau zu dieser Gruppe gehört, hat aber gleichzeitig die Funktion möglichst viele Adressat*innen anzusprechen. Außerdem wird so der Gegensatz zu *den anderen* konstruiert. Mit dem Verweis auf die Langzeitstudie zu Schwangerschaftsabbrüchen und dem Standpunkt der WHO wird auf der *Wir*-Seite eine Wahrheit konstruiert und beansprucht. Nicht nur weiß man, welche Folgen Schwangerschaftsabbrüche haben können und wo diese herkommen („[...] und das ist gesichertes Ergebnis aller Studien – Stigmatisierung, Druck und vor allem Kriminalisierung haben massive Einflüsse auf die psychischen Langzeitfolgen“, Z. 47ff.), man weiß auch, dass offenes Sprechen darüber, die Lösung für die Probleme ist – keine neue Studie. Damit wird gleichzeitig klar, dass auch die Regelungen rund um den Schwangerschaftsabbruch mit den falschen Annahmen darüber zusammen hängen.

Indem die Autorin sich von ihrer eigenen emotionalen Reaktion auf Spahns Forschungsvorhaben distanziert, wird die Rationalität des eigenen Argumentierens nochmals betont: „Allein diese Unterstellung [das nach jeder Abtreibung früher oder später doch noch negative Konsequenzen auftauchen, *Anm. d. Verfasserin*] ist dermaßen paternalistisch, dass ich sofort den Impuls hatte zu schreiben: Abtreibungen sind überhaupt kein Problem, Schnauze! Aber das ist ja Unsinn.“ (Z. 31ff.)

Der anderen Seite hingegen, – insbesondere Jens Spahn - unterstellt man eine gewisse Unwissenschaftlichkeit, Irrationalität und sich von Interessen leiten zu lassen. Schon mit dem Titel „das Märchen vom Trauma“ wird Spahn und sein Vorhaben lächerlich gemacht. Das Wort „Märchen“ impliziert vor allen Dingen, die fehlende Wissenschaftlichkeit, aber auch, dass das Abtreibungstrauma etwas ist, das Spahn sich ausgedacht hat, oder wovon er träumt. Weil zunächst belegt wird, dass es das Trauma nicht gibt und dann beschrieben wird, dass Spahn „mehr Geld als für jeden anderen Forschungsauftrag seines Ministeriums in der letzten Dekade“ investiert habe, wird er weiter lächerlich gemacht und für sein Amt inkompetent dargestellt. Indem Spahn vorgeworfen wird, er wolle negative Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen finden, sonst hätte er ja auch die „hochgelobte“ Studie von M. Antonia Biggs, Ushma D. Upadhyay und Charles E. McCulloch lesen können, wird deutlich, dass die institutionalisierte Politik sich über vorhandenes Wissen hinwegsetzt. Als interessengeleitet kann er beschrieben werden da man ihm unterstellt explizit negative Folgen finden zu wollen. Mit dem Verweis auf die Situation in South Dakota wird gezeigt welche Folgen so etwas haben könnte und dass

Spahn möglicherweise eine ähnliche Politik machen könnte („Jens Spahns Reproduktionspolitik ist ein beunruhigender Schritt in eine solche Richtung“, Z.24f.). Während das *Wir* also im Herzen der kollektivsymbolischen Matrix angesiedelt und mit Wahrheit assoziiert ist, wird Spahn ins Außen, oder zumindest an den Rand gedrängt, indem er als inkompetent dargestellt und mit dem Falschen assoziiert ist.

Ebenfalls auf der anderen Seite der Trennlinie bzw. im Außenbereich des kollektivsymbolischen Schemas sind die Abtreibungsgegner*innen angesiedelt. Diese werden gegen das offene Sprechen aktiv, indem sie zum Beispiel im Internet mit Hate Speech Betroffene bedrohen oder ihnen den Weg in Praxen erschweren, indem sie sogenannte Gehsteigberatungen tätigen. Zwar hängen diese nicht direkt mit Spahn und der institutionalisierten Politik zusammen, jedoch werden in zweierlei Hinsicht Verknüpfungen hergestellt. Zunächst wird in Sinnabschnitt 3 berichtet, die Abtreibungsgegner hätten Sanyal vorgeworfen abzutreiben, wie andere Leute Smarties schlucken. Bei vielen Leser*innen weckt dieses Zitat eine Assoziation mit Spahn, der in feministischen Kreisen in Verruf geraten war, nachdem er unter dem Slogan „die Pille danach ist kein Smartie“ (Zeit Online, 13.02.2014) sich für deren Verschreibungspflicht und ärztliche Beratung aussprach – so wird also implizit eine erste Verbindung hergestellt. Des Weiteren wird eine gewisse Verbindung von Staat und Lebensschutzbewegung aufgezeigt, wenn darüber berichtet wird, dass man diese nicht für die Gehsteigbelästigung anklagen kann, Kristina Hänel für das reine Informieren über Schwangerschaftsabbrüche dagegen schon.

Diese Trennlinie zwischen dem *Wir* und Jens Spahn bzw. der Politik fungiert gleichzeitig als Argumentationsstrategie um die beiden oben dargestellten Argumentationsziele zu erreichen. Die gleiche Trennlinie verläuft parallel auch zwischen dem wissenschaftlichen faktenbasierten Wissen und dem konstruierten (falschen) Wissen und den damit zusammenhängenden Regelungen.

Als weitere Argumentationsstrategie kommt es zu einer Parallelisierung zwischen der Anklage und Verurteilung Hänels und einer versuchten Klage gegen die Abtreibungsgegner*innen. Hänel wird zunächst als Heldin betitelt und das Urteil gegen sie als „unfassbar“ einsortiert. „Menschen, die vor Kliniken und Beratungsstellen protestieren und Schwangeren, die einen Abbruch benötigen, Bilder von getöteten Babys zeigen“ könne man dagegen nicht anklagen. In dem beschriebenen Fall hatte das Innenministerium bei einer geplanten Bannmeile um die Praxis eingelenkt, dass dies dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit widersprechen würde. Sanyal räumt ein, dass dies ein sehr hohes Gut sei, hält aber dagegen, dass auch menschlicher Anstand und Sensibilität für Menschen in einer potenziellen Krisensituation hohe Werte seien.

Sie stellt diese beiden Werte einander gegenüber, ohne das eine über das andere zu stellen. Sie erklärt aber, dass die Sensibilisierung als Gesellschaft nur durch das Sprechen über Abtreibung erlernbar sein. Und wenn überall offen darüber gesprochen würde, wüssten die Abtreibungsgegner*innen gar nicht mehr wo sie demonstrieren sollten. So stützt diese Parallelisierung das Argumentationsziel: vermehrtes Reden über Schwangerschaftsabbrüche ist nötig, um Trauma zu verhindern.

Zuletzt sollen noch die beiden Fahnenwörter „Ich habe abgetrieben“ und „MeToo“ genauer analysiert werden. Als Fahnenwörter können sie definiert werden, da sie eine breite feministische Bewegung ansprechen und (gerade für Missy Leser*innen) einen hohen Identifikationsgrad bieten. Beide Bewegungen sind als Kampagnen einer breiten Masse bekannt und daher mit Erfolg verknüpft. Neben dem Effekt, sich als Leser*in mit der Bewegung und so mit der Wir-Seite zu identifizieren, passen sie zu dem Leitmotiv des Sprechens. Denn auch in diesen Kampagnen wurde gegen Missstände gekämpft indem offen darüber gesprochen wurde.

Kollektivsymbolik: Rückschritt-Fortschritt Achse

Die Rückschritt-Fortschritt-Achse der kollektivsymbolischen Matrix wird bedient, indem die Autorin darlegt, welche Bedingungen sie sich wünscht: „Ich möchte in einem Land leben, das mir dieses Wissen nicht mehr länger verweigert“ (Z. 98f.). Diese stehen im Kontrast zu den bestehenden Verhältnissen. Gemeinsam mit den wissenschaftlich belegten Wahrheiten wird so der Eindruck erweckt, die vorherrschenden Bedingungen seien rückschrittlich, weil sie diesen Ergebnissen nicht entsprechen. Gleichzeitig weist sie auch den Weg in diese Zukunft: Man müsse anfangen „überall über reproduktive Rechte und Fruchtbarkeit und eben auch über Abtreibungen [...] sprechen“ (Z. 95f.). Als konkrete rückschrittliche Praxis wird die Regelung in South Dakota markiert, die Beispiele, wie über Abtreibungen gesprochen werden könnte, dienen als konkrete Vorstellung einer fortschrittlichen wünschenswerten Zukunft.

Konstruktion Kristina Hänel als Heldin

Die Autorin berichtet, dass sie auf einer Podiumsdiskussion neben Hänel sitzen „durfte“ und sie „nicht nur für mich“ zu einer Heldin geworden sei „und ich wünschte mir so sehr, dass ich sie bei einem meiner Abbrüche als Ärztin gehabt hätte“ (Z. 78ff.). Begründet wird dies damit, dass sie mit ihren Patient*innen rede. Die Verwendung des Modularverbs dürfen, sowie der Wunsch nach Hänel als Ärztin heben die Achtung der Autorin ihr gegenüber hervor und stützen die Bezeichnung als Heldin. Der Grund dafür wird im nächsten Satz besonders hervorgehoben:

„Denn SIE REDET MIT IHREN PATIENT*INNEN.“ (Z. 80). Kristina Hänel als Heldin zu markieren, führt also auch zu dem Argumentationsziel, dass das offene Sprechen über Schwangerschaftsabbrüche nötig sei.

Normalismus

Das Argumentationsziel des Artikel, Wissen als Mittel gegen Trauma zu definieren, das man nur durch offenes Sprechen erreichen könne, hängt eng mit einer normalisierenden Strategie zusammen. Denn der Lösungsansatz des offenen Sprechens wird auch selbst angewendet. So werden z. B. Erfahrungsberichte aus anderen Artikeln zitiert (Z. 43-59). Außerdem wirkt die Sprache des Artikels selbst normalisierend. Eine Schwangerschaft zu „terminieren“ (Z. 35) lässt den Eingriff ganz nüchtern als etwas Technisches dastehen. Auch die Beschreibung „einen Schwangerschaftsabbruch benötigen“ (Z. 87) holt das Thema ganz selbstverständlich aus einem moralischen Diskurs heraus und macht ihn zu einem *normalen* legitimen Bedürfnis. Zuletzt wünscht sich die Autorin „bei einem“ ihrer Abbrüche Kristina Hänel als Ärztin gehabt zu haben, womit normalisiert wird Abtreibungen auch mehr als einmal vornehmen zu lassen.

Mit dem wiederholten Verweis auf Selbstbestimmung kann außerdem eine flexibel-normalistische Strategie unterstellt werden, da nicht eine konkrete Grenzziehung vorgenommen wird. Selbstbestimmung hebt vielmehr ab auf ein Abwiegen und auf Toleranz verschiedener Entscheidungen. In Anbetracht von Demonstrationen bzw. Versammlungen von Abtreibungsgegner*innen folgen sie allerdings teilweise einem protonormalistischen Reflex und fordern als Notlösung richterlich verhängten Bannmeile. Bevorzugt wird aber auch hier eine flexibel-normalistische Lösung, am besten, indem überall über Abtreibung gesprochen wird, so dass die Gegner*innen nicht mehr wüssten, wo sie demonstrieren sollten.

4.2.3 Wirkungsweise

In dem Artikel treten verschiedene Aussagen hervor, die teilweise sehr stark miteinander verknüpft sind und mit den sprachlich-rhetorischen Mitteln in Zusammenhang gebracht werden können. Dabei wird zwar nicht das gesamte Aussagenfeld des MISSY Magazins abgedeckt, aber kein anderer Artikel weist ein breiteres Aussagenfeld auf.

Eine besonders zentrale Aussage ist in diesem Artikel *gesellschaftliche Entstigmatisierung ist notwendig*, da sie das zentrale Thema des Artikels – das offene Sprechen über Schwangerschaftsabbrüche – meint. Es wird nicht nur auf die Wichtigkeit des offenen Sprechens aufmerksam gemacht, sondern in Sinnabschnitt 3 und 6 werden Beispiele dafür eingebracht. Die Aussage ist in hohem Maße mit der Aussage *Gleichberechtigung muss*

erkämpft werden, verknüpft, indem sie eine Strategie dieses Kampfes darstellt. *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* ergibt sich zunächst vor allem daraus, dass durch das negative Bild, das von Spahn und der Politik gezeichnet wird, diese nicht als Lösungsakteur gesehen werden kann. Darüber hinaus wird ihr ein gewisses Interesse daran unterstellt, negative Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen zu finden, um diesen weiter zu kriminalisieren und restriktive Regelungen zu machen. Außerdem wird das Reden als Mittel im Kampf gegen die Abtreibungsgegner*innen dargestellt: „wenn wir anfangen, überall über reproduktive Rechte und Fruchtbarkeit und eben auch über Abtreibungen zu sprechen, sodass die selbst ernannten Lebensschützer*innen nicht mehr wissen, wo sie demonstrieren sollen“ (Z. 95ff.).

Auch die Aussage *Unterdrückung ist gewollt* führt zu *Gleichberechtigung muss erkämpft werden*. Diese Verknüpfung findet ebenfalls eher implizit statt. Nach der Vorstellung Spahns Vorhabens stellt Sanyal fest, dass es höchste Zeit für eine neue „Ich habe abgetrieben“ Kampagne sei. Diese Verknüpfung führt außerdem wieder zurück zu dem Thema Abtreibungsgegner*innen, denn auch von diesen geht die Unterdrückung aus („Sie meinen damit, ich hätte leiden sollen“; Z. 67) und auch gegen diese kann mit offenem Sprechen gekämpft werden.

An vielen Stellen kommt es implizit und explizit zu der Aussage *Selbstbestimmung*. Grundsätzlich macht die Autorin deutlich, dass Frauen selbst bestimmen können, z. B., indem sie die Ergebnisse einer Studie zitiert, dass 95% der Menschen auch fünf Jahre nach der Entscheidung für einen Abbruch noch mit der Entscheidung zufrieden sind. Außerdem wird betont, dass auch *Selbstbestimmung* nur mit einem offenen Sprechen über Schwangerschaftsabbrüche erreicht werden kann. Die Aussage ist somit in hohem Maße mit der Aussage *gesellschaftliche Entstigmatisierung notwendig* verknüpft.

Die Art wie über Abtreibungen gesprochen wird - also verknüpft mit der Aussage *Schadwirkungen restriktiver Gesetze* (in diesem Fall die Stigmatisierung) - produziere bestimmte Narrative: „Doch die Narrative, die wir mitbekommen, sind lediglich diese: die gute Frau, die das Baby bekommt, versus die egoistische Frau, die sich gegen Kinder entscheidet“ (Z. 51ff.). Gleichzeitig führt diese Aussage zu der Aussage *Unterdrückung ist intersektional*, wenn nachgeschoben wird „Dabei werden nicht nur Frauen schwanger, und eine Entscheidung gegen eine Schwangerschaft kann durchaus eine gute sein“ (Z. 53f.). Mit der Möglichkeit der „guten“ also richtigen und überlegten Entscheidung, wird zudem nochmal die Aussage über *Selbstbestimmung* stark gemacht.

Wie dargelegt werden konnte, lassen sich alle Aussagen mit dem übergeordneten Thema des offenen Sprechens ins Verbindung bringen. Also führen auch alle Aussagen zu dem

Argumentationsziel hin, dass Wissen das beste Mittel gegen Trauma sei. Darüber hinaus lassen sich die Aussagen den beiden konstruierten Seiten zuordnen: *gesellschaftliche Entstigmatisierung* und *Selbstbestimmung* sind positive Aussagen, die die mit Wahrheit attribuierte Wir-Seite stützen. *Unterdrückung ist gewollt* sowie die *Schadwirkungen* gehen von der negativ besetzten Außen-Seite (Spahn, Politik, Abtreibungsgegner*innen) aus. *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* ergibt sich zwar aus dem Handeln der Akteure im Außen, da diese als Politik keine sinnvollen Lösungen anbieten bzw. durch restriktive Gesetzgebungen das Problem erst konstruieren, meint aber auch Handlungsstrategien des Wir im Innen – wie z. B. das offene Sprechen über Abtreibungen.

4.2.4 Fazit

Der untersuchte Artikel zeigt sich einigermaßen kongruent in Wirkung und Argumentation. Die Argumentationsziele Spahn lächerlich zu machen und Wissen als bestes Mittel gegen Trauma zu präsentieren, hängen eng mit der Aussage zusammen, dass ein offenes Sprechen über Abtreibungen nötig sei. Bezogen auf das Aussagenfeld des gesamten Korpus wird hier die Aussage *gesellschaftliche Entstigmatisierung nötig* stark in den Mittelpunkt gerückt und besonders eng mit *Selbstbestimmung* und *Gleichberechtigung muss erkämpft werden* verknüpft. Neben dem Fokus auf Sprache wird außerdem eine Wir versus Die Dichotomie aufgemacht. Damit wird besonders deutlich, dass die Politik nicht als Lösungsakteur anerkannt wird. Nicht zuletzt auch unter dem Rückgriff auf andere feministische Kampagnen wird deutlich gemacht, dass man als Bewegung wisse, was zu tun sei. Darüber hinaus konnte gezeigt werden, dass sich auch die Aussagen nach der konstruierten Trennlinie zwischen dem Wir und den Gegnern des Abtreibungsrechts ordnen lassen.

Auf den ersten Blick erscheint es interessant, dass die Politik zwar kritisiert, aber keine politische Forderung erhoben wird. Auf den zweiten Blick passt dies aber zusammen mit der Strategie des Artikels die Politik lächerlich zu machen. Da man die Wahrheit und das Wissen auf der Wir-Seite beansprucht, muss hier auch die Lösung liegen. Und diese besteht darin, möglichst oft und überall offen über Schwangerschaftsabbrüche zu sprechen.

Auch die Illustration fügt sich in diese Ergebnisse ein: Die vermenschlichten Eingeweide können als Wir-Seite gelesen werden, die sich deutlich über das Vorhaben der Politik wundern und sogar ärgern.

Insgesamt fügt sich der Artikel mit seinen Besonderheiten gut ein in die Ergebnisse der Strukturanalyse. Manche Aussagen und Diskursfragmente kommen zwar nicht zur Sprache, dafür werden andere besonders hervorgehoben.

5. Synopse und abschließendes Fazit

In einem letzten Teil sollen nun die Ergebnisse der verschiedenen Struktur- und Feinanalysen zusammengetragen werden, um ein vollständiges Bild des Abtreibungsdiskurses in feministischen Medien zu bekommen und so zu versuchen, das Sagbarkeitsfeld aufzuzeigen.

Um eine bloße Wiederholung zu vermeiden, werden interessante Punkte herausgegriffen und kontextualisiert.

Zunächst ist festzuhalten, dass der Abtreibungsdiskurs an verschiedenen Stellen mit weiteren Diskursen verschränkt ist: Neben dem juristischen und medizinischen Diskurs spielen auch der Christentumdiskurs, der Islamdiskurs, der ökonomische Diskurs sowie der Diskurs um die Neue Rechte und der Ableismuskurs eine wichtige Rolle.

In der Synopse der beiden Dossiers ergeben sich für das Sagbarkeitsfeld einige Widersprüche und Uneindeutigkeiten. Die Verschiedenartigkeit der Positionen wird besonders deutlich in Bezug auf die Verschränkung des Abtreibungsdiskurses mit dem Geschlechterdiskurs. Während die EMMA einen gefährlichen Trend zu Geschlechtsangleichungen erkennt, betont die MISSY die körperliche Selbstbestimmung für alle Geschlechter in allen Bereichen. Was genau unter körperlicher Selbstbestimmung zu verstehen ist, darüber herrscht in dem feministischen Diskurs also Uneinigkeit. Dies ist zugleich eines der zentralen Ergebnisse der vorliegenden Analyse. Während überall (gewollte) patriarchale Unterdrückung als Grund für das eingeschränkte Recht auf Abtreibung erkannt wird, so gibt es unterschiedliche Aussagen dazu, was körperliche Selbstbestimmung im Ganzen eigentlich ist (s. Fazit der Strukturanalysen).

Auch die Verschränkung des Abtreibungsdiskurses mit dem Islamdiskurs in einigen Artikeln der EMMA führt zu Uneindeutigkeiten. Zum einen wird der (politische) Islam als große Gefahr für die Freiheit von Frauen gesehen – ein Kopftuchgebot wird mit dem Abtreibungsverbot gleichgesetzt. Bei den Themen Flucht sowie internationale Lage verstärken sich rassistische Narrative: geflüchtete Frauen seien einem besonderen Risiko der Vergewaltigung ausgesetzt, restriktive Politik wird eher in Ländern wie der Türkei oder Saudi-Arabien erwartet (EMMA, o.A., 3.11.17)¹⁰. Auf der anderen Seite wird im MISSY Magazine die Situation geflüchteter

¹⁰ Es werden hier zwar nicht explizit rassistische Stereotype bedient. Jedoch ist fraglich, warum diese Länder ohne genauere Erklärung mit sexistischen Strukturen in Verbindung gebracht werden, wobei ja deutlich wird, dass auch in Ländern wie Deutschland oder USA restriktive Gesetze gelten oder wieder verstärkt werden. Darüber hinaus wird mit Blick auf den diskursiven Kontext die Problematik dieser Themen- und Diskursverschränkungen deutlich: Nach den Vorfällen an Silvester 2015 bringt Schwarzer das Buch „Der Schock - die Silvesternacht in Köln heraus“, worin sie vor einem global vernetzten Islamismus warnt, den sie als Faschismus des 21. Jahrhunderts bezeichnet. In einem Interview mit dem SZ-Magazin vergleicht sie 2022 das

Frauen vor allem in Bezug auf die Residenzpflicht in Lagern und das mangelnde Informations- und Versorgungsangebot problematisiert (MISSY, Reis, 5.7.19).

Trotz der Widersprüche innerhalb der Verschränkungen zeigen sich innerhalb der einzelnen Dossiers der untersuchten Magazine EMMA und MISSY kaum bis keine Widersprüche. Darüber hinaus teilen beide Magazine den Kernaspekt der Selbstbestimmung, wobei jedoch wie oben ausgeführt, unterschiedliche Vorstellungen von körperlicher Selbstbestimmung und deren Bedeutung für Abtreibung bestehen. Ebenso gibt es keine eindeutige Position dazu, ob die Politik als geeigneter Lösungsakteur betrachtet wird oder nicht. Mal werden die Parteien und ihre Wirkungsmacht angesprochen, während in anderen Momenten der Fokus darauf liegt, wie zivilgesellschaftlich für das Recht gekämpft werden kann, wobei die Parteien teilweise lächerlich gemacht werden.

Besonders durch die Feinanalysen konnten nochmals genauer Kollektivsymboliken und normalisierende Effekte herausgearbeitet werden. So fällt zum Beispiel eine Rückschritt-Fortschritt Achse ins Auge: Im feministischen Diskurs um die Abtreibung wird vor einem backlash gewarnt, der die Regelungen wieder verschärft und so das Selbstbestimmungsrecht einschränkt. Normalisierung gehört zu den zentralen Argumentationsstrategien. Im feministischen Diskurs scheint Einigkeit zu bestehen, dass Abtreibungen etwas *Normales* sind, worüber offen gesprochen werden sollte. Hierzu werden Studien, Zahlen und Mittelwerte angeführt.

Aus den Struktur- und Feinanalysen ergibt sich ein Bild patriarchaler Unterdrückung, gegen die die Betroffenen kämpfen. Beide Magazine arbeiten dabei aus einer „Wir“- Position der Betroffenen. Die Unterdrücker-Position wird neben Politiker*innen vor allem durch die Lebensschutzbewegung besetzt. Sowohl Kirche als auch Neue Rechte werden hierbei als wichtige Akteure herausgearbeitet.

Neben der Struktur des Diskurses stellt sich die Frage nach den Rändern des Sagbarkeitsfeldes. Was wird nicht gesagt? Was die Abtreibung selbst betrifft, kann festgehalten werden, dass deren Rechtfertigung nur bis zur Geburt reicht. Es wird an keiner Stelle davon gesprochen, dass es die Möglichkeit gebe auch während oder nach der Geburt ein Kind nicht zu bekommen. Daran anknüpfend werden auch Themen wie Adoption oder Kinderwunsch nicht angesprochen. Ganz kurz kommt in der MISSY das Thema *Regretting Motherhood* vor, jedoch wird es nicht weiter expliziert. Dieser Umstand verdeutlicht, dass es im feministischen Diskurs um Abtreibung weniger um Schwangerschaft oder Kinderkriegen geht als um das Recht auf körperliche

Kopftuch mit dem Hakenkreuz (Djahangard & Hertell 2022). Mit Blick auf den diskursiven Kontext wird der Rassismus also konkret.

Selbstbestimmung. Die moralische Debatte um das Leben der Föten wird abgelehnt und der Diskurs eher dahingehend geprägt, dass der Körper der Schwangeren und ihre Selbstbestimmung im Mittelpunkt steht.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es auch innerhalb des hier untersuchten Teiles des Abtreibungsdiskurses zu Deutungskämpfen kommt. Die beiden Magazine stammen aus unterschiedlichen feministischen Traditionen mit zum Teil verschiedenen Interessenlagen. Obwohl beide die Möglichkeit für eine legale und sichere Abtreibung fordern, ist das Thema so vielfältig und eng mit anderen verflochten, dass sich widersprechende Standpunkte auftauchen. Es kann aber auch festgehalten werden, dass neben allerlei (durchaus wichtigen, existenziellen) feministischen Grabenkämpfen bei dem Thema Abtreibung (ohne seine Verbindung zu anderen Themen) Einigkeit besteht: Entgegen den diskriminierenden rechtlichen Regelungen, sollte jede schwangere Person selbst entscheiden dürfen, ob sie die Schwangerschaft abbrechen möchte oder nicht.

6. Literaturverzeichnis und Dossiers

6.1 Literatur

- BMFSFJ*. Fragen und Antworten zum Prostituiertenschutzgesetz. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/prostituiertenschutzgesetz/prostituiertenschutzgesetz-fragen-und-antworten> [abgerufen am 19.07.23].
- Disselnkötter, Andreas, & Parr, Rolf. (1994). Kollektivsymbolsystem - Didaktisch aufbereitet, in: *kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie*, 30(X), S. 52-65.
- Djahangard, Susan, & Herpell, Gabriela (2022). "Ich finde die Klischees über Feministinnen zum Kotzen", in: *Süddeutsche Zeitung Magazin*, 47/2022. <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/frauen/alice-schwarzer-interview-feminismus-ablehnung-92124> [abgerufen am 21.07.23].
- Facebook*. EMMA. https://www.facebook.com/emma.magazin/about_details?locale=de_DE abgerufen am 17.07.23]
- Jäger, Margarete, & Jäger, Siegfried. (2007). *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse*. VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Siegfried. (2015). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast Verlag.
- Link, J. (1983). Was ist und was bringt Diskurstaktik?, in *kultuRRevolution 2*, 60–66.
- Link, Jürgen (1996). Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- MISSY MAGAZINE*. Magazin für Pop, Politik und Feminismus. Über uns. <https://missy-magazine.de/ueber-uns/> [abgerufen am 17.07.23]

6.2 Dossier EMMA

Online-Quellen

- o. A. (3.11.17). Abtreibung: Ärztin droht Prozess. In: EMMA!. <https://www.emma.de/artikel/abtreibung-aerztin-droht-prozess-335023>
- Louis, Chantal (24.11.17). Abtreibung: Ärztin Hänel verurteilt. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/abtreibung-aerztin-haenel-verurteilt-335093>
- Louis, Chantal (12.12.17). §219a: Hänel übergibt Unterschriften. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/ss219a-aerztin-haenel-uebergibt-unterschriften-335251>
- Louis, Chantal (13.12.2017). Abtreibung: Es geht wieder los. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/abtreibung-es-geht-wieder-los-335157>
- Louis, Chantal (21.02.18). Abtreibung: Weg mit 219A!. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/abtreibung-weg-mit-ss-219a-335461>
- Louis, Chantal (16.03.18). §219a: Offener Brief an die SPD. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/ss-219a-offener-brief-die-spd-335543>
- Schwarzer, Alice (28.08.18). Abtreibung ist ein Menschenrecht. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/abtreibung-ist-ein-menschenrecht-335991>
- Louis, Chantal (18.09.2018). Abtreibung: „§219A ist erst der Anfang!“. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/abtreibung-219a-ist-erst-der-anfang-336123>
- Louis, Chantal (30.05.18). Abtreibung: Zeitenwende in Irland.... In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/zeitenwende-irland-335777>
- o. A. (18.06.18). Protest gegen „Lebensschützer“!. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/frauen-protest-gegen-lebensschuetzer-335823>
- Mayer, Henriette (29.08.18). Es ist mir schwergefallen. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/es-ist-mir-schwergefallen-336031>
- Louis, Chantal (29.08.18). Das Tabu: Happy Abortions. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/happy-abortions-336039>

- März, Sabrina (29.08.18). Abtreibung: Ich war nur erleichtert. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/ich-war-nur-erleichtert-336035>
- o. A. (12.10.18). Abtreibung: das zweite Urteil. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/ss219a-ein-richtiges-urteil-336159>
- o. A. (20.01.19). Berlin: Frauen gehen auf die Straße!. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/berlin-frauen-gehen-auf-die-strasse-336457>
- Eul, Alexandra (23.01.19). §219A: Deutschlandweite Proteste. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/abtreibung-deutschland-geht-auf-die-strasse-336473>
- o. A. (25.01.19). §219A: Baerbock gegen Kompromiss. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/ss219a-baerbock-gegen-kompromiss-336483>
- o. A. (26.01.19). Es geht um mehr als den §219. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/abtreibung-es-geht-um-mehr-als-ss219a-336489>
- Schwarzer, Alice (30.01.19). §219A: Der Skandal bleibt!. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/das-prinzip-einschuechterung-bevormundung-336493>
- Schwarzer, Alice (18.02.19). Jetzt muss die Fristenlösung her!. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/jetzt-muss-die-fristenloesung-her-336519>
- o. A. (07.03.19). Die Gegner des Rechts auf Abtreibung. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/die-gegner-des-rechts-auf-abtreibung-336613>
- o. A. (15.04.19). So ein #Spahnsinn!. In: EMMA! <https://www.emma.de/artikel/so-ein-spahnsinn-336689>
- Louis, Chantal (11.06.19). §219A: Protest gegen Prozess. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/ss219a-protest-gegen-naechsten-prozess-336857>
- Ross, Annika (14.06.19). §219A-Urteil: Schande für Deutschland. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/ss219a-urteil-schande-fuer-deutschland-336935>
- o. A. (22.07.19). Abtreibung: Geschichten gesucht. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/abtreibung-geschichten-gesucht-336991>
- o. A. (18.09.19) Protest gegen „Marsch für das Leben“!. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/news-abtreibung-337141>
- Ross, Annika (18.11.19). Flensburg: Keine Abtreibung mehr. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/flensburg-klinik-streicht-abtreibungen-337307>
- o. A. (24.08.20). Abtreibung: Kristina Hänel erringt Teilsieg. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/teilsieg-fuer-kristina-haenel-338019>
- o. A. (29.09.20). Tausende beim „Safe Abortion Day“. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/tausende-protestierten-beim-safe-abortion-day-338107>
- Schwarzer, Alice (28.10.20). Fundamentalisten attackieren Abtreibungsrecht!. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/abtreibungsverbot-fundis-auf-dem-vormarsch-338225>
- Wolff, Kerstin (12.05.21). Abtreibungsgesetze: 150 Jahre § 218. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/150-jahre-ss-218-338579>
- Louis, Chantal (27.10.21). Von Warschau bis Westerwald. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/kippt-das-oberste-gericht-das-recht-auf-abtreibung-338989>
- Schwarzer, Alice (15.12.2021). Koalitions-Vertrag: Das planen sie. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/ein-weiter-weg-339109>
- Louis, Chantal (15.02.22). „Babycast“ – keine Volksverhetzung?. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/babycast-keine-volksverhetzung-339227>
- Schwarzer, Alice (27.04.22). Und was ist mit dem Paragraph 218?. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/und-das-ist-mit-dem-ss-218-339395>
- o. A. (24.06.22). Bundestag kippt den Paragraph 219a. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/bundestag-kippt-ss219a-339625>
- Louis, Chantal (24.08.22). Abtreibung: Und immer wieder §218. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/ss218-es-reicht-339695>

Schwarzer, Alice (30.09.22). Der Kampf um §218: Wie lange noch?. In: EMMA!
<https://www.emma.de/artikel/abtreibungsverbot-wie-lange-noch-339703>

Druck-Quellen

- Louis, Chantal (2018). Abtreibung – Eine Zeitenwende, in: EMMA!, 4(339), S. 22-23.
Louis, Chantal (2018). Abtreibung, in: EMMA!, 5(340), S. 53-59.
Rosales, Carolin (2018). Was die Uni nicht lehrt, in: EMMA!, 5(340), S. 60-61.
Meyer, Henriette (2018). Wir wollen die Frauen stärken!, in: EMMA!, 5(349), S. 62-65.
Reul, Alexandra (2019). Er denunziert Frauen – aber will selber anonym bleiben, in: EMMA!, 2(343), S. 28-29.
Louis, Chantal (2019). Deutsche ÄrztInnen am Pranger!, in: EMMA!, 5(346), S. 24-25.
Heil, Christiane (2022). Ein Rückfall um Jahrhunderte, in: EMMA! 5(364), S. 35-37.
o. A. (2022) „Abtreibung ist ein Grundrecht!“, in: EMMA!, 5(364), S. 40-41.

6.3 Dossier MISSY

- Röder, Tasnim (13.06.18). Der Fall Kristina Hänel. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2018/06/13/der-fall-kristina-haenel/>
- Nandi, Jacinta (05.09.18). Weiterkämpfen. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2018/09/05/weiterkaempfen/>
- Nandi, Jacinta (07.03.2019). Don't mention the Abtreibung. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2019/03/07/dont-mention-the-abtreibung/>
- Reis, Tina (05.07.19). Ein guter Platz für „Lebensschützer“. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2019/07/05/ein-guter-platz-fuer-lebensschuetzer/>
- Mayrhauser, Anna (10.07.19). Gegen das Tabu. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2019/07/10/gegen-das-tabu/>
- Sanyal, Mithu (15.07.19). Das Märchen vom Trauma. <https://missy-magazine.de/blog/2019/07/15/das-maerchen-vom-trauma/>
- Wiedemann, Carolin (30.07.19). Abtreiben gegen Deutschland. <https://missy-magazine.de/blog/2019/07/30/abtreiben-gegen-deutschland/>
- Achtlek, Kirsten (17.03.20). Die Grenze. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2020/03/17/die-grenze/>
- Ramczik, Jessica (10.08.20). Feminist Wasteland. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2020/08/10/feminist-wasteland/>
- Kabisch, Franzis (21.01.21). Hä, was heißt denn Abtreibung?. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2021/01/21/hae-was-heisst-denn-abtreibung/>
- Yun, Vina (08.03.21). Meine Geburt gehört mir. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2021/03/08/meine-geburt-gehört-mir/>
- Estevez, Naira (08.03.21). Nicht aufzuhalten. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2021/03/08/nicht-aufzuhalten/>
- Wiedemann, Carolin (12.07.21). Sitzen bleiben!. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2021/07/12/sitzen-bleiben/>
- Apraku, Josephine (12.10.21). Kein Gesetz, ein Schicksal. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2021/10/12/kein-gesetz-ein-schicksal/>
- Apraku, Josephine (11.07.22). Kein Grund zu feiern!. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2022/07/11/kein-grund-zu-feiern/>
- Heinisch, Franziska (25.07.22). Abtreibungen sind eine Klassenfrage. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2022/07/11/kein-grund-zu-feiern/>
- Kabisch, Franzis (12.09.22). Ende gut, alles gut. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2022/09/12/ende-gut-alles-gut/>

Kabisch, Franzis (10.03.23). Mein Körper, meine Story. In: MISSY Magazine. <https://missy-magazine.de/blog/2023/03/10/mein-koerper-meine-story/>

7. Anhang

7.1 Themen

7.1.1 Themen Emma

Abtreibungsgegner*innen

- Website babycaust/Initiative „Nie wieder“ v. Günter Annen
- Religiöse Fundamentalisten
- Abtreibungsgegner*innen wie z. B. Günter Annen
- Rolle der katholischen Kirche/Papst/Vatikan
- Gehsteigbelästigung
- Marsch für das Leben
- Papst/katholische Kirche/Vatikan

Aktionen für Abtreibung

- Protestmärsche USA
- Petition für Grundversorgung
- Aktion Wir haben abgetrieben
- #ShoutYourAbortion (Reaktion auf Kürzung Gelder der Organisation Planned Parenthood ins USA)
- Offener Brief an SPD
- Aktionstag/-woche §219A
- Protestaktion in FFM
- Kampagne gegen Verurteilung Hänel
- Femen Protest gegen Spahn

Rechtliche Lage

- Beratungspflicht
- Reform 219a
- Der Fall Kristina Hänel
- Anklage weiterer Ärzt*innen

Gesetze

- Reform 219a
- Streichung 219a
- Transsexuellengesetz
- Beratungspflicht

Medizinische Lage

- Illegale Abtreibungen?
- Ausbildung Ärzt*innen
- Ökumenisches Krankenhaus
Methoden des SAB
- Pille danach
Studie zu Folgen SAB

Standpunkt der Politik

- Koalitionsentwurf
- Koalitionsvertrag Ampel
- Besetzung Oberster Gerichtshof durch Trump
- Standpunkt FDP
- Wahl Dtl
- Geschichte des Paragraphen

Internationale Lage

- Situation in Polen
- Roe vs. Wade
- Protestmärsche in USA

- Frankreich: Vorhaben Macron Recht auf SAB in Verfassung verankern
- Abstimmung in Irland

Weitere Themen

- Männergewalt
- Tabuisierung
- (Prostitution) □ evtl. am Ende darauf hinweisen, dass eine bestimmte Agenda vertreten wird und deshalb anscheinend solche Themen mit aufgenommen werden (was bei Missy sicherlich auch so ist)
- Schmerz nach SAB

7.1.2 Themen MISSY

Abtreibungsgegner*innen

- Neue Rechte II
- Schweigemarsch
- Marsch für das Leben
- Sächsischer „bible belt“
- Webseite Pro Femina
- Webseite Babycaust

Aktionen für Abtreibung/feministische Aktionen

- Gegenprotest vs. Marsch f. Leben
- Störung Marsch für das Leben
- Kriminalisierung des feministischen Protests
- Petition für Frauenhaus
- Bündnis What The Fuck
- Petition Hänel
- SEO Strategie
- Mobilisierungsproblem

Bundestagswahl

Rechtliche Lage

- Beratungspflicht
- Verurteilung Hänel
- Verurteilung Ärzt*innen Charité (Spätabtreibung)
- Medizinische Indikation
- Geschichte des Paragrafen
- Memminger Urteil 1989
- Streichung 219a
- Forderung nach drittem Eintrag in Personenstandsregister

Medizinische Lage

- Ausbildung Ärzt*innen
- Medical Students for Choice
- Spätabtreibungen
- Studie zu Folgen von SAB
- Geplante Studie von Jens Spahn
- Methoden des SAB

Internationale Lage

- Referendum in Irland
- Fall Ohio
- Roe vs. Wade II

- Transaktivistische Bewegung in Argentinien

Weitere Themen

- Regretting Motherhood
- Häusliche Gewalt
- Stigmatisierung und Scham?
- Verhütung (?)
- Familienmodelle
- Kapitalismuskritik
- Soziale Ungleichheit
- Frauenmuseum Hittisau
- Intersektionalität II

7.2 Artikel zur Feinanalyse

1 **Abtreibung ist ein Menschenrecht!**

- 2 Eine Frau, die ungewollt schwanger ist, treibt ab. Selbst unter Androhung der Todesstrafe. Denn es ist
3 ja noch nie darum gegangen, OB Frauen abtreiben – sondern nur darum, WIE sie abtreiben. Werden
4 ungewollt Schwangere bald wieder ihr Leben riskieren müssen?



28. August 2018
von [Alice Schwarzer](#)



Alice Schwarzer in den 80ern auf einer Kundgebung gegen den §218.

- 6 Reden wir also nochmal darüber. Zum hundertsten Mal. Es ist noch nie darum gegangen, ob eine Frau
7 abtreibt. Es ging immer nur darum, *wie* eine Frau abtreibt. Illegal, also unter Gefährdung ihrer
8 Gesundheit und sogar ihres Lebens – oder legal mit medizinischem Beistand bei einem ambulanten
9 Eingriff von wenigen Minuten.
- 10 Denn eine Frau, die ungewollt schwanger ist, treibt ab. Unter allen Umständen. Selbst bei Androhung
11 der Todesstrafe, wie bei den Nazis. Warum? Sie tut es, weil sie um die Konsequenzen einer
12 Mutterschaft weiß: Knapp zwei von drei der abtreibenden Frauen in Deutschland sind bereits Mütter.
13 Sie treibt ab in einer Gesellschaft, in der noch lange nicht alle Väter die elterliche Verantwortung
14 mittragen und Vater Staat nur sehr langsam in die Gänge kommt mit den Ganztags-Kindergärten und -
15 schulen. Und sie treibt ab, weil es ihr Körper und ihr Leben ist. Übrigens: 96 Prozent aller Frauen in
16 Deutschland treiben auch nach der Zwangsberatung („pro werdendem Leben“) ab.
- 17 Nicht zufällig wurde Anfang der 1970er-Jahre der Kampf gegen das Abtreibungsverbot zur Ini-
18 tialzündung für die Neue Frauenbewegung. Denn das Elend der Frauen war unermesslich. Der § 218
19 überschattete nicht nur ihre gesamte Sexualität, sondern ihr ganzes Leben. Seither gilt bei
20 Deutschlands westlichen Nachbarn und selbst in katholischen Ländern wie Italien die Fristenlösung;
21 also das Recht der Frauen, eine ungewollte Schwangerschaft in den ersten drei Monaten zu beenden.
- 22 **EINE FRAU, DIE UNGEWOLLT SCHWANGER IST, TREIBT AB.**
23 **SELBST UNTER ANDROHUNG DER TODESSTRAFE.**
- 24 In Deutschland sieht das anders aus, ganz anders. Zwar führte die DDR 1972 mit scheelem Blick auf
25 die protestierende Frauenbewegung im Westen die Fristenlösung ein (denn eine hauseigene
26 Frauenbewegung wollten die Genossen nicht riskieren). Doch in der BRD, in der in den 1970er-Jahren

27 eine überwältigende Mehrheit der Frauen und auch Männer für die Fristenlösung war, wurde die
28 Fristenlösung zwar mit Ach und Krach im Bundestag (von SPD und FDP) verabschiedet – aber gleich
29 wieder via Verfassungsklage der CSU gestürzt.

30 Seither arrangieren sich alle mit einem faulen Kompromiss, nicht nur die Konservativen, auch die
31 Sozialdemokraten. Bei der Wiedervereinigung wurde der Kompromiss gesamtdeutsch. Noch ehe die
32 Ex-DDR-Bürgerinnen sich versahen, war ihr Recht auf Abtreibung futsch.

33 Der Kompromiss sieht so aus: Auch nach 1995 bleibt Abtreibung eine Straftat und ist die Schwangere
34 zum Austragen verpflichtet. Das Bundesverfassungsgericht formulierte es so: „Rechtlicher Schutz
35 gebührt dem Ungeborenen auch gegenüber seiner Mutter. Das grundsätzliche Verbot des
36 Schwangerschaftsabbruches und die grundsätzliche Pflicht zum Austragen des Kindes sind zwei
37 untrennbar verbundene Elemente“.

38 Der Körper der Frau als Gebärmaschine. Das klingt wie abgeschrieben aus einem Programm der
39 „Lebensschützer“, die in der Regel christliche Fundamentalisten sind oder aber im Vatikan sitzen.
40 Neuerdings verstärkt von den Damen und Herren der AfD.

41 Abtreibungen sind in Deutschland also verboten und strafbar. Eigentlich. Denn das mit der Strafe
42 haben sie bei den Frauen diesmal weggelassen. Es hat einfach noch nie funktioniert. So sind 1969 von
43 den hunderttausenden, die abgetrieben haben, ganze 276 Frauen vor Gericht gelandet. Quasi
44 versehentlich. Denn der 1872 im Kaiserreich eingeführte § 218 entsprach nicht dem Rechtsempfinden
45 der Menschen und schon gar nicht der Realität. Man wollte den Frauen drohen und sie einschüchtern –
46 aber man wollte die Frauen nicht ins Gefängnis stecken. Denn wer hätte die Arbeit machen sollen,
47 wenn Millionen Frauen im Gefängnis sitzen, die unbezahlte Arbeit in der Familie wie die
48 unterbezahlte im Beruf?

49 Also musste ein Kompromiss her, bei dem der Kern erhalten blieb: die Bevormundung,
50 Einschüchterung und Entmündigung der Frauen. In Deutschland müssen Frauen, die abtreiben wollen,
51 sich durch eine Beratung bestätigen lassen, dass sie dürfen. Frauen haben bis heute nicht das Recht
52 abzutreiben, man gewährt ihnen lediglich die Gnade. Den wenigsten unter den Jüngeren dürfte das
53 bewusst sein.

54 Schon bei der Formulierung dieses Gesetzes war klar, dass es ein Einfallstor ist für ein erneutes totales
55 Verbot der Abtreibung. Nicht nur die fanatischen Lebensschützer, auch der Vatikan und so mancher
56 Konservative arbeiten unermüdlich auf so ein totales Abtreibungsverbot hin.

57 NACH DEUTSCHEM RECHT GEHÖRT DER KÖRPER DER

58 SCHWANGEREN NICHT IHR, SONDERN DEM FÖTUS

59 Bis auf weiteres „dürfen“ ungewollt Schwangere noch abtreiben, solange sie schön Bittebitte machen.
60 Aber siehe da: Immer weniger Frauen treiben ab! Seit der verbindlichen Erfassung der Zahlen 1996
61 sank die Zahl der Abtreibungen unaufhaltsam, um ein Viertel innerhalb von 20 Jahren auf 98.721 im
62 Jahr 2016.

63 Warum? Ganz einfach, weil Frauen aufgeklärter und emanzipierter sind – ergo die Gefahr, ungewollt
64 schwanger zu werden, sinkt. Niemand hat darum mehr zu dem Kampf gegen Abtreibungen
65 beigetragen als die Frauenbewegung. Darauf können wir stolz sein!

66 Denn auch wir Feministinnen finden Abtreibung keinesfalls wünschenswert. Wissen wir doch nur zu
67 gut, dass es immer auch eine individuelle Gewissensentscheidung ist, die nicht jeder Frau leichtfällt.
68 Aber im Gegensatz zu CDU-Kaude und AfD-Storch sind wir nicht der Auffassung, dass Abtreibung
69 ein Verbrechen ist. Für uns ist und bleibt das Recht auf Abtreibung ein elementares Menschenrecht!

70 Solange der Schritt vom Fötus zum Kind noch nicht getan ist, also das „werdende Leben“ den Körper
71 der Frau noch nicht verlassen hat, muss es das Recht jeder Frau sein, über ihren Körper und ihr Leben
72 frei zu verfügen. Bei freier Entscheidung wird eine ungewollt Schwangere so früh wie möglich
73 abtreiben.

74 Doch die Abtreibungsgegner haben es in den vergangenen Jahren geschafft, die Gesellschaft
75 einzulullen. Ihr demagogisches Vokabular – „Kind“ statt „Fötus“ etc. – ist in der Mitte der
76 Gesellschaft angekommen. Der Druck auf die Frauen und ÄrztInnen hat sich wieder verstärkt. Immer
77 mehr Frauen reden wieder von ihrem „schlechten Gewissen“.

78 Dieser Druck auf die Frauen wird flankiert von einer Repression gegen die Ärzte. Seit Jahren gibt es
79 katholisch dominierte Städte, ja ganze Regionen, in denen Hilfesuchende keinen einzigen Arzt mehr
80 finden, der bereit ist, medizinischen Beistand zu leisten. Diese ÄrztInnen verweigern sich im Namen
81 ihres „Gewissens“ oder aus Angst vor ihrem (oft katholischen) Arbeitgeber. ÄrztInnen, die offen
82 sagen, dass sie bereit sind, Abtreibungen vorzunehmen, müssen sich auf den Terror der
83 Lebensschützer sowie Geld- bzw. Gefängnisstrafen gefasst machen.

84 FÜR UNS FEMINISTINNEN BLEIBT DAS RECHT AUF
85 ABTREIBUNG EIN ELEMENTARES MENSCHENRECHT

86 Fängt also alles wieder von vorne an? Es sieht ganz so aus. Am 22. September werden sie wieder in
87 Berlin antreten zum „Marsch für das Leben“. In ihren Reihen marschieren nicht nur christliche
88 Fundamentalisten, sondern auch „Christdemokraten für das Leben“. 2017 waren sie rund 3.000. Ihren
89 „Marsch für das Leben“ müssten sie eigentlich in „Marsch für den Tod“ umbenennen. Denn an den
90 Folgen illegaler Abtreibungen sterben laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) alljährlich weltweit
91 47.000 Frauen. Und fünf Millionen Frauen landen im Krankenhaus wegen verpfuschter Abtreibungen.
92 Viele dieser Frauen werden nie mehr ein Kind bekommen können.

93 Da ist es nur halb beruhigend, dass es seit 2012 eine Gegenbewegung gibt: das „Bündnis für sexuelle
94 Selbstbestimmung“. In diesem Bündnis sind neben diversen feministischen Organisationen immerhin
95 auch: SPD, Grüne und Die Linke – auch wenn einzelne RepräsentantInnen der beiden ersteren
96 Parteien im Namen ihres persönlichen „christlichen Gewissens“ gerne schon mal Lebensrechtler-Töne
97 anschlagen.

98 Seit ich 1971 das im Stern veröffentlichte Manifest der 374 initiiert habe („Ich habe abgetrieben und
99 fordere das Recht für jede Frau dazu“), ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen. Bis heute bewundere
100 ich den Mut der 373 (ich war die 374ste). Keine von ihnen konnte wissen, ob am nächsten Tag die
101 Nachbarn oder Kollegen noch mit ihr sprechen, ob ihr Mann sich scheiden lässt, ob sie verhaftet wird.
102 Und das Dutzend so genannter Prominenter hat seine Karriere aufs Spiel gesetzt. Diese Frauen haben
103 viel riskiert – und viel gewonnen. Damals hätte ich mir nicht träumen lassen, dass ich im Jahr 2018
104 noch immer und immer wieder um das elementarste Menschenrecht einer Frau würde kämpfen
105 müssen: um die selbstbestimmte Mutterschaft.

106 *Alice Schwarzer*

107

1 **Das Märchen vom Trauma**

2 Jens Spahn investiert fünf Millionen Euro in eine Studie zum „Post-Abortion-Syndrome“- das es gar
3 nicht gibt.

4 15.07.19 > [Uncategorized](#), [Wir wollen abtreiben](#)

5 Von Mithu Sanyal

6 Eines der größten Probleme mit Jens Spahns Studie – und das will etwas heißen, denn es gibt damit so
7 viele Probleme, dass die Entscheidung schwerfällt – ist, dass man, um darüber zu schreiben, ihren
8 Forschungsgegenstand benennen muss. Und wenn man die Worte „Abtreibung“ und „Trauma“ oft
9 genug in einem Atemzug erwähnt, bleibt „Abtreibungstrauma“ übrig. Oder auf Englisch: Post-
10 Abortion-Syndrome. Ein psychologisches Krankheitsbild, das es so schlicht nicht gibt, wenn man der
11 Weltgesundheitsorganisation glaubt.

12 Doch das tut unser Gesundheitsminister nicht und investiert mehr Geld als für jeden anderen
13 Forschungsauftrag seines Ministeriums in der letzten Dekade, um doch noch Folgen von Abtreibungen
14 zu finden. Das bedeutet: negative Folgen. Sonst könnte er ja einfach die hochgelobte Langzeitstudie
15 von M. Antonia Biggs, Ushma D. Upadhyay und Charles E. McCulloch lesen, die belegt, dass nicht
16 nur 95 Prozent aller Menschen, die eine Schwangerschaft beenden, fünf Jahre später noch sicher sind,
17 die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Sondern auch, dass die Verweigerung einer Abtreibung
18 deutlich negativere psychische Folgen hat.



© Julia Kluge

19 Geld zum Fenster rausgeworfen? Keineswegs! Denn wenn Spahns Studie 2023 abgeschlossen sein
20 wird, sind ihre Ergebnisse beinahe egal. Bis dahin haben wir alle das Wort Post-Abortion-Syndrome
21 gelernt. Und das reicht aus, um damit Politik zu machen. So sind Ärzt*innen in South Dakota etwa
22 gesetzlich dazu verpflichtet, ungewollt Schwangere zu informieren, dass ein Abbruch die
23 Wahrscheinlichkeit erhöht, Depressionen zu bekommen und Suizid zu begehen. Nun haben wir zum
24 Glück noch keine US-amerikanischen Verhältnisse, aber Jens Spahns Reproduktionspolitik ist ein
25 beunruhigender Schritt in eine solche Richtung.

26 Ich habe lange darüber nachgedacht, wie ich diesen Artikel schreiben will: objektiv, subjektiv? Ich,
27 du, er, sie, es? Und bin zum Entschluss gekommen, dass es höchste Zeit für eine neue „Ich habe
28 abgetrieben“- Kampagne ist. Nur in diesem Fall: „Ich habe abgetrieben und mir ging es damit wie
29 folgt ...“, um zu zeigen, dass es eine Bandbreite an Reaktionen auf einen Schwangerschaftsabbruch
30 gibt und nicht nur ein dräuendes Syndrom, das eine*n früher oder später doch noch erwischt, auch

31 wenn man sich sicher war, zu wissen, was man wollte. Allein diese Unterstellung ist dermaßen
32 paternalistisch, dass ich sofort den Impuls hatte zu schreiben: Abtreibungen sind überhaupt kein
33 Problem, Schnauze! Aber das ist ja Unsinn.

34 Natürlich kann eine freiwillige Abtreibung traumatisch sein und darüber müssen wir reden. Bloß liegt
35 das in den seltensten Fällen an der Entscheidung, eine Schwangerschaft zu terminieren, sondern an
36 den Umständen der Abtreibung. Denn eine Abtreibung ist kein Ereignis an und für sich, das von allen
37 Schwangeren gleich empfunden wird, sondern – und das ist das gesicherte Ergebnis aller Studien –
38 Stigmatisierung, Druck und vor allem Kriminalisierung haben massive Einflüsse auf die psychischen
39 Langzeitfolgen. Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland noch immer ein Verbrechen und
40 werden im Strafrecht geregelt. Und weil das so ist, reden wir nicht darüber, und weil wir nicht darüber
41 reden, können wir diesen Eingriff nicht produktiv verarbeiten. Nicht weil er so traumatisierend ist,
42 sondern weil wir ihn nicht als Teil unseres Lebens begreifen dürfen.

43 Mein Lieblingstext zu Abbrüchen stammt von der Autorin Jacinta Nandi|aus diesem Magazin hier. Sie
44 schreibt: „Zwei kinderlose Frauen und drei Frauen mit Kindern quatschen. ‚Na klar habe ich mal
45 abgetrieben!‘, sagt eine der Mütter. Sie kommt aus Schweden, alleinerziehend, vierzig Jahre alt, ihre
46 Tochter ist 14. ‚Ich habe dreimal abgetrieben, bevor ich mein Kind bekommen habe.‘ – ‚Ja, ich
47 zweimal‘, sage ich. ‚Ich nur einmal‘, sagt eine andere Mutter. Sie ist – natürlich – die Deutsche in der
48 Runde. Deutsche Frauen sind immer zu organisiert, um mehr als einmal abtreiben zu müssen.“

49 So möchte ich über Abtreibungen reden, mit dieser Alltäglichkeit. Und auch nicht als Entscheidung:
50 Kinder oder keine. Viele von uns treiben ab und kriegen später noch ein Kind oder haben schon
51 Kinder und wollen/können keine weiteren mehr versorgen. Doch die Narrative, die wir mitbekommen,
52 sind lediglich diese: die gute Frau, die das Baby bekommt, versus die egoistische Frau, die sich gegen
53 Kinder entscheidet. Dabei werden nicht nur Frauen schwanger, und eine Entscheidung gegen eine
54 Schwangerschaft kann durchaus auch gut sein.

55 Oder so möchte ich über Abtreibungen reden: „Meine letzte Abtreibung war meine
56 Lieblingsabtreibung. Weil mein Liebster und ich es dabei zum ersten Mal schafften, weder so zu tun,
57 als sei das alles eine Katastrophe, noch als sei es keine besondere Situation. Weil wir uns Zeit
58 genommen haben, auf grünen Wiesen zu reden, was es bedeutet, dass wir uns gegen weitere Kinder
59 entschieden haben, und was wir stattdessen alles machen wollen.“

60 Das schrieb ich vor ein paar Monaten in der „taz“, weil ... siehe oben. Ich war verblüfft, dass mir
61 Leute tatsächlich E-Mails über E-Mails schickten, in denen sie mich als „Mörderin“ oder gar
62 „Serienmörderin“ bezeichneten. Und noch verblüffter, dass sie mir vorwarfen, so gedankenlos
63 abzutreiben, wie andere Leute Smarties schlucken. Dabei ging es in meinem Text doch gerade darum,
64 bewusst mit der Entscheidung umzugehen – nicht Augen zu und durch – und ihr Raum in unserem
65 Leben einzuräumen. Und auch darum, die Möglichkeit eines Lebens mit einem dritten Kind
66 wertschätzend zu verabschieden. Doch das meinen die selbst ernannten Lebensschützer*innen nicht,
67 wenn sie „bewusst“ sagen, sie meinen damit, dass ich hätte leiden sollen.

68 Am verblüfftesten war ich allerdings, als mir eine Freundin riet: „Schreib so was nicht, sonst fragen
69 sich die Leute, warum eine so intelligente Frau wie du nicht besser verhüten konnte.“ Sie verbalisierte
70 damit meine eigenen unausgesprochenen Ängste. Doch genau deshalb ist es so wichtig, so etwas zu
71 schreiben. Denn ungewollt schwanger zu werden hat nichts damit zu tun, zu „blöd“ oder zu was auch
72 immer zu sein. Reden ist nicht nur wichtig, weil es gegen das Stigma angeht, sondern weil nur so
73 Selbstbestimmung möglich ist. Es ist wichtig, dass wir darüber reden, wie eine gute Abtreibung
74 aussehen kann. Welche Ansprüche wir an eine Abtreibung haben. Welche Abtreibung wir wollen.
75 Denn es gibt ja verschiedene Methoden und Umstände. Das erwarte ich von der Studie, wenn sie denn
76 mit wissenschaftlicher Sorgfalt ausgeführt wird, dass sie darüber aufklärt, welche positiven
77 psychischen Folgen ein unaufgeregter und aufklärender Umgang mit Abbrüchen hätte.

78 Vor einer Weile durfte ich bei einer Podiumsdiskussion neben Kristina Hänel sitzen, die im letzten
79 Jahr nicht nur für mich zu einer Heldin geworden ist, und ich wünschte mir so sehr, dass ich sie bei
80 einem meiner Abbrüche als Ärztin gehabt hätte. Denn SIE REDET MIT IHREN PATIENT*INNEN.
81 Bei meiner ersten Abtreibung war ich 15, und der Arzt fragte allen Ernstes meine Mutter, ob ich
82 Deutsch sprechen würde. Nach affirmativer Antwort wechselte er trotzdem kein Wort mit mir. Bin ich
83 daraufhin aufgestanden und gegangen, weil ich einer solchen Tröte meinen Körper nicht anvertrauen
84 konnte? Natürlich nicht. Denn ich hatte ja keine Wahl. Kristina Hänel gibt ihren Patient*innen diese
85 Wahl und sie informiert sie, weshalb sie nach § 219a – Werbung für Schwangerschaftsabbruch –
86 angeklagt und unfassbarerweise auch verurteilt worden ist.

87 Nicht anklagen kann man dagegen Menschen, die vor Kliniken und Beratungsstellen protestieren und
88 Schwangeren, die einen Abbruch benötigen, Bilder von getöteten Babys zeigen. Anfang 2019 forderte
89 die Gießener Stadtverordnetenversammlung eine Bannmeile um Kristina Hänel's Klinik mit einem 150
90 Meter breiten Schutzraum. Doch das Innenministerium sieht das kritisch, da das dem Grundrecht der
91 Versammlungsfreiheit widersprechen würde. Aber wisst ihr was? Ich halte Demonstrationsrecht für
92 ein hohes Gut, auch wenn in diesem Fall meine Gegner*innen demonstrieren. Und ich halte
93 menschlichen Anstand und Sensibilität für Menschen in einer potenziellen Krisensituation
94 ebenfalls für hohe Güter. Und diese Sensibilität können wir als Gesellschaft nur erlernen, wenn wir
95 anfangen, überall über reproduktive Rechte und Fruchtbarkeit und eben auch über Abtreibungen zu
96 sprechen, sodass die selbst ernannten Lebensschützer*innen nicht mehr wissen, wo sie demonstrieren
97 sollen.

98 Eines der besten Mittel gegen Trauma ist Wissen! Ich möchte in einem Land leben, das mir dieses
99 Wissen nicht mehr länger verweigert – Ärzt*innen dürfen seit dem neuen § 219a-Kompromiss
100 öffentlich machen, dass sie Abbrüche vornehmen, aber nicht, mit welchen Methoden. Das ist aber eine
101 wichtige Information für eine selbstbestimmte Entscheidung. Und spätestens seit #MeToo sollten wir
102 wissen, dass „informed consent“ nur mit Informationen möglich ist.

103 *Dieser Text erschien zuerst in Missy 03/19.*

104